

vida

Zeitschrift für
Mitglieder der
Gewerkschaft vida

Mehr Infos, Tipps und Service finden Sie auf www.vida.at

Verkehr



Um die **Dienstplangestaltung beim Postbus** ist ein Konflikt ausgebrochen. Der Zentralbetriebsrat fordert: „Druck von den Beschäftigten wegnehmen, Dienstpläne arbeitnehmerfreundlich gestalten!“

Soziale, Persönliche Dienste und Gesundheitsberufe



Die EU plant eine **Richtlinie zur grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung**. vida bezweifelt, dass die Regelung zum Wohl der PatientInnen und unseres Gesundheitssystems wäre.

Private Dienstleistungen



Die **Tiroler Tourismusbranche** klagt über einen **Arbeitskräftemangel**. vida fordert eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Tourismus. Denn wer gute Arbeitsplätze bietet, bekommt auch gutes Personal

Editorial

Zeit für mehr Staat

vida-Vorsitzender
Rudolf Kaske



Schadenfreude ist angesichts der Finanzkrise in den USA, die massive Auswirkungen auf Europa hat, nicht angebracht. Zu hoffen ist allerdings, dass die Krise auf den Kapitalmärkten zu einem politischen Umdenken führt. Denn der neoliberale Leitsatz von möglichst wenig Staat hat zu einer Deregulierung der Finanzmärkte geführt und so die hochspekulativen Geschäfte erst ermöglicht. Schärfere Regeln für die Finanzmärkte und das Verbot hochspekulativer Papiere müssen eine Lehre aus der Krise sein.

Solidarität rennt sich. Die Finanzkrise führt uns auch deutlich vor Augen, wie wichtig ein gutes staatliches Pensionssystem ist. Ein System, bei dem die Pensionshöhe nicht von der Entwicklung der Aktienkurse abhängt, sondern das sichere Pensionen gewährleistet. Weil es solidarisch finanziert ist, also die jeweils arbeitende Bevölkerung für die Pensionen der Älteren aufkommt.

Jeder Tag zählt. Auch in Österreich wird es voraussichtlich zu ei-

ner weiteren Abschwächung der Konjunktur kommen. Aufgabe des Staates ist es, rasch Maßnahmen zu setzen, um die Wirtschaft anzukurbeln. Dazu zählen Investitionen in die Infrastruktur, in Bildung und Forschung. Dazu gehört aber auch die von den ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen schon lang erwartete Steuerreform, die eine Entlastung der BezieherInnen kleinerer und mittlerer Einkommen bringen muss.

„Wir brauchen eine grenzüberschreitende Regulierung der Finanzmärkte.“

Rudolf Kaske

Chancen verbessern. Laut den Prognosen der Wirtschaftsforscher ist mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit zu rechnen. Für die Politik heißt das: Rasch mehr Geld für die Qualifizierung der Arbeit Suchenden zur Verfügung zu stellen. Auch das im EU-Schnitt relativ niedrige Arbeitslosengeld und die Notstandshilfe müssen angehoben werden, um bei Arbeitslosigkeit ein Abrutschen in die Armut zu verhindern. Damit all diese Herausforderungen angegangen werden können, ist die rasche Einigung auf eine stabile, arbeitnehmerInnenfreundliche Regierung nötig.

günstigen Urlaub. Details zu den vida-Ferienwohnungen finden Sie auf **Seite 8**.

Urlauben mit vida. Machen Sie mit bei unserem Gewinnspiel auf **Seite 16**. Den bzw. die GewinnerIn erwartet ein Gutschein für eine Woche Urlaub in einer vida-Ferienwohnung.

vida lädt Sie ein! Kommen sie am 27. November 2008 zur Eröffnung der Ausstellung von Willi Paar in die vida-Zentrale in Wien. Mehr zur Vernissage auf **Seite 8**.



Foto: Alexander Rochau/Fotolia

Service und Information

Die Gewerkschaft vida hat in einigen Wintersportorten attraktive **Ferienwohnungen** für ihre Mitglieder. Nutzen Sie unser Angebot für einen kosten-



Lisa Wimmer wird Elektroanlagen-technikerin. Sie macht ihre Lehre in einer ÖBB-Lehrwerkstätte. Mehr dazu auf **Seite 9**.

Eine Chance für die Jugend

Foto: Sylvia Tatra

Öffentliche Dienstleistungen gehören zum Reichtum einer Gesellschaft. Sie tragen dazu bei, dass nicht die Herkunft über das Fortkommen entscheidet, sondern annähernd Chancengleichheit besteht. Besonders wichtig ist ein gutes öffentliches Bildungssystem, das bereits für die Kleinsten gut sorgt. Was uns da die skandinavischen Länder voraushaben, verraten wir auf **Seite 2**.

Schritt für Schritt privat? Auch in Österreich hat der neoliberale Gedanke „mehr Privat, weniger Staat“ vielfach Fuß

gefasst. Immer wieder wird die (Teil-) Privatisierung der ÖBB-Güterverkehrstochter andiskutiert. Lesen Sie mehr dazu auf **Seite 3**.

Knapp bei Kasse. Mit Ausgliederungen versuchen die Sozialversicherungen Kosten zu sparen. Wir berichten auf Seite 4 über die Situation der Beschäftigten, die davon betroffen sind und die Forderungen der BetriebsrätInnen an die künftige Bundesregierung.

Wer krank wird, zahlt. Die freie Wahl der Kassen in Deutsch-

land hat zur Folge, dass ein Unfall oder eine Operation für die Betroffenen oft mit unangenehmen finanziellen Nebenwirkungen verbunden ist. Mehr dazu auf **Seite 6**.

Soziale Verantwortung. Die Betriebe rufen nach Fachkräften, bei der Bereitschaft, Lehrlinge auszubilden, hapert's aber. Anders bei den ÖBB. In den Lehrwerkstätten werden bewusst mehr Lehrlinge aufgenommen als für den Eigenbedarf nötig sind. Damit die Jugend eine Chance erhält und die Wirtschaft Fachkräfte. Mehr darüber finden Sie auf **Seite 9**.

Chancengleichheit als öffentlicher Auftrag

Öffentliche Dienstleistungen gehören zum Reichtum einer Gesellschaft und sind Ausdruck der institutionalisierten Solidarität. Skandinavien gilt dabei einmal mehr als Pionier.

Öffentliche Dienstleistungen werden immer öfter in Frage gestellt. Das ist nicht nur auf die internationale und europäische Politik der Liberalisierung und Privatisierung zurückzuführen, sondern auch auf die Finanznöte der öffentlichen Haushalte. Der neoliberale Leitsatz „Mehr privat, weniger Staat“ ist ohne Zweifel in Mode, doch das kann in vielen Fällen teuer werden. Denn öffentliche Dienstleistungen erledigt der freie Markt weder billiger noch besser.

Sozialer Frieden. Öffentliche Dienstleistungen sind aus dem Grund öffentlich, weil damit volkswirtschaftliche Ziele verfolgt werden: flächendeckende Versorgung aller Menschen, hohe Qualität der Leistung, Versorgungssicherheit und Beschäftigung. All diese Ziele sind aus betriebswirtschaftlicher Sicht unrentabel – aber wesentlich für den sozialen Frieden.

Vorzeigenerationen. Dafür bürgen etwa Erfolgsmodelle aus dem nordischen Raum: In Schweden wird der Kindergartenbesuch zu 100 Prozent von der öffentlichen Hand getragen. Island ist derzeit europaweiter Vorreiter beim Vaterschaftsurlaub – mehr als drei Monate bleiben isländische Väter im Schnitt bei ihren Kindern zu Hause.

Gelebte Chancengleichheit. Die skandinavischen Länder bauen auf einen starken Zusammenhalt der Gesellschaft. Dass Frauen ebenso berufstätig sind wie Männer, ist eine Selbstverständlichkeit – genauso wie das Recht auf Kindertagesbetreuung und Väterkarenz. Statistiken zeigen, dass die nordischen Länder einen höheren Beschäftigungsgrad und geringere Einkommensunterschiede haben als im restlichen Teil Europas. Kinder werden weder als Karrierehürde noch als Armutrisiko angesehen. Seit Jahrzehnten setzt man hier auf die allgemeine Versorgung mit Betreuungsmöglich-

keiten für Kinder bereits im Vorschulalter. Mit dem Ergebnis, dass die skandinavischen Länder die klassenlosesten Gesellschaften der Welt sind. Nirgendwo in Europa ist der Abstand zwischen Arm und Reich so klein wie dort. Der soziale Status einer Familie wird nicht von Generation zu Generation weitergegeben. Dafür sorgen das Schulwesen und die flächendeckende Förderung in Kindergarten und Vorschule.

Qualität für alle. Die Legitimität öffentlicher Dienstleistungen ist darauf zurückzuführen, dass sie nicht nur von allen finanziert, sondern auch allen in gleicher Qualität zur Verfügung stehen. Die Kranken- und Pensionsversicherung, das Bildungssystem, die Wasserversorgung oder der öffentliche Verkehr tragen maßgeblich zu unserer Lebensqualität bei. Sie sind Ausdruck der institutionalisierten Solidarität – und sollen es auch bleiben.

ines.schmied@vida.at



Foto: PictureArt/Fotolia

Bei der Väterkarenz hat Island in Europa die Nase vorn – ermöglicht durch die entsprechenden gesetzlichen Rahmenbedingungen.

Betriebsübergang

Ihre Rechte, wenn die Firma verkauft wird

Im Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz sind wichtige Schutzbestimmungen für die Beschäftigten enthalten.



Keine Panik beim Verkauf der Firma. Auch bei einem Inhaberwechsel gilt Ihr Arbeitsvertrag weiter.

Ein Betriebsübergang findet unter anderem dann statt, wenn es einen Inhaberwechsel gibt. Der Wechsel muss eine wirtschaftliche Einheit betreffen, also ein Unternehmen, einen Betrieb oder einen Betriebsteil. Ein Wechsel in der Geschäftsführung ist kein Betriebsübergang. Nach § 3 Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz (AVRAG) tritt der neue Inhaber in die zur Zeit des Überganges bestehenden Arbeitsverhältnisse mit allen Rechten und Pflichten ein. Ausgenommen davon sind Konkursbetriebe.

Was tun bei Kündigung? Arbeitgeberkündigungen, die in der zeitlichen Nähe eines Be-

triebsüberganges nur deshalb ausgesprochen werden, um den Übergang des Arbeitsvertrages zu verhindern, sind nichtig. Wer kurz vor, bei oder direkt nach einem Betriebsübergang gekündigt wird, sollte sich daher unbedingt beraten lassen. Ein absolutes Kündigungsverbot besteht jedoch nicht. Sowohl der alte als auch der neue Arbeitgeber können Kündigungen aus wirtschaftlichen, technischen und organisatorischen Gründen aussprechen, sofern diese nicht übergangsbedingt sind.

Schutz durch das Gesetz. Das Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz besagt, dass der bzw. die ArbeitnehmerIn bei Strukturänderungen des Unternehmens bzw. bei einem Inhaberwechsel den Arbeitsplatz behält. Das Dienstverhältnis läuft so weiter wie bisher. Sämtliche Ansprüche, zum Beispiel die Höhe des Lohnes, und Anwartschaften, wie Urlaub und Abfertigung, bleiben bestehen.

Welcher Kollektivvertrag gilt? Ist mit dem Betriebsübergang ein Wechsel des Kollektivvertrags (KV) verbunden, gelten die Regelungen des neuen KV, auch wenn sie schlechter sind. Enthält der neue KV in gewissen Bereichen keine Regelungen oder kommt nach dem Betriebsübergang kein KV zur Anwendung, gelten die Bestimmungen des alten KV weiter. Das Entgelt darf aber durch einen neuen schlechteren KV nicht gekürzt werden. Näheres zur Gültigkeit

von Betriebsvereinbarungen bei einem Eigentümerwechsel finden Sie auf www.vida.at

Dienstzettel anfordern. Verlangen Sie vom neuen Firmenchef einen Dienstzettel, der belegt, dass Sie mit allen Rechten und Pflichten gemäß AVRAG übernommen wurden. Zur schriftlichen Mitteilung des Betriebsüberganges ist der neue Arbeitgeber innerhalb eines Monats verpflichtet. Bei Nichtübernahme eines allfälligen kollektivvertraglichen Bestandschutzes (zum Beispiel definitives Dienstverhältnis nach dem alten Kollektivvertrag) oder einer betrieblichen Pensionszusage kann der bzw. die ArbeitnehmerIn innerhalb eines Monats der Übernahme widersprechen. In diesem Fall können Sie unter Wahrung aller Ansprüche (auch des Rechts auf die Abfertigung alt) das Dienstverhältnis auflösen. Nutzen Sie unsere Rechtsberatung, bevor Sie diesen Schritt setzen!

gertrude.oelmack@vida.at

Wenn Sie Fragen zum Thema Betriebsübergang haben, wenden Sie sich bitte an Ihren Betriebsrat oder an das **vida-Rechtsreferat** Margaretenstraße 166 1050 Wien E-Mail: recht@vida.at



Gesundheitswesen

Public Private Partnerships aus ArbeitnehmerInnen-sicht

Die Österreicher tun es schon seit langem und recht häufig, reden aber nicht viel darüber.

Die Rede ist natürlich von Public Private Partnerships im Gesundheits- und Sozialbereich. Langjährige Formen der Zusammenarbeit von Bundesländern und Gemeinden bei Dienstleistungen der Daseinsvorsorge mit dem Non-Profitbereich im Rettungswesen oder bei der mobilen Hausbetreuung durch die Volkshilfe oder Caritas sind uns allen wohl bekannt. Auch im Krankenhausesektor gibt es seit Jahrzehnten (zB. für Planung und Finanzierung und Neubauten) gute Erfahrungen mit Leasingverträgen mit Banken bzw. deren Leasingtöchtern. Die technische und kaufmännische Betriebsführung von öffentlichen Krankenhäusern durch Private ist zunehmend ein Thema, das medizinische und pflegerische Management durch Private ist derzeit allerdings erst sehr spärlich zu finden.

PPP klingt nicht sexy! Das Thema ist ja auch nicht besonders sexy. Das ändert sich aber, wenn wir den Blick durch eine Arbeitgeberbrille auf die Kostenstruktur von Einrichtungen des

Gesundheitswesens lenken. In öffentlichen Krankenhäusern machen die Personalkosten zwischen 65 und 70 Prozent der Gesamtkosten aus, in Pflegeeinrichtungen und -diensten ist der Personalkostenanteil noch höher. Die öffentlichen Budgets sind angespannt, Sparen und Nulldefizit sind die Devise in Europa. Ob da jede(r) EntscheidungsträgerIn der Verlockung widerstehen kann, über neue Mechanismen an der Personalkosten-Sparschraube zu drehen, darf bezweifelt werden. Die juristischen Möglichkeiten reichen von Outsourcing einzelner Bereiche (Küche, Wäscherei, Haustechnik, Reinigung, Sterilisation...) über komplexe Konstruktionen wie PPPs bis zur vollen Privatisierung kompletter Einrichtungen.

Qualität der Jobs in Gefahr. Widerstand gegen Verschlechterungen des Gehalts oder der Arbeitsbedingungen können vor allem jene Berufsgruppen leisten, deren Qualifikation zurzeit besondere Mangelware ist (ÄrztInnen, diplomierte Pflegepersonen). Alle anderen

können nur hoffen, in einer Gegend zu leben, wo ein allfälliger Arbeitgeberwechsel für sie gut möglich ist. In Einrichtungen „hinter den sieben Bergen“ mit Arbeitsplatz-Monopol-Status schaut's hingegen schlecht für die ArbeitnehmerInnen aus. Der Ratschlag, dann doch einfach wegzuziehen ist, mit Hinweis darauf, dass Gesundheits- und Sozialberufe immer noch „klassische Frauenberufe“ sind, zynisch und unbrauchbar. Natürlich kann die Expertise von privaten Unternehmen in organisatorischen und technischen Teilbereichen des Gesundheitswesens einen sinnvollen Beitrag zur Effizienzsteigerung leisten. Man darf aber keinesfalls vergessen, dass im Dienstleistungssektor „Gesundheits- und Sozialwesen“ die Qualifikation sowie Arbeitsplatz- und Entlohnungssicherheit der ArbeitnehmerInnen essentielle Voraussetzungen dafür sind, dass Österreich auch weiterhin eines der besten Gesundheitssysteme der Welt aufrechterhalten kann.

Bernhard Rupp

Lese- und Webtipp



Rupp B et al.
Leitfaden für die erfolgreiche Errichtung von Public Private Partnerships (PPP) im österreichischen Gesundheitswesen
(2008)

Rupp B.
Public Private Partnerships im Gesundheitswesen.
Ist der „dritte Weg“ ein Holzweg oder ein Königsweg?, in Ivansits H., Filipic U. (Hrsg.); Privatisierung von Gesundheit. Blick über die Grenzen; Wien: AK Wien; S. 91-96 (2007). Im Internet zu finden unter:

www.akwien.at, im Bereich Publikationen/Schriftenreihe Sozialpolitik in Diskussion.

Der Autor



Foto: zVg

Hon. Prof. (FH) Dr Bernhard Rupp, MBA ist Leiter der Abteilung Gesundheitswesen der AKNÖ. Der Experte für das öffentliche Gesundheitswesen lehrt an Universitäten und Fachhochschulen im In- und Ausland

ÖBB

Wer bietet mehr?

Die Güterverkehrstochter der ÖBB ist ein Grundstein der nationalen Daseinsvorsorge. Dieser darf nicht der Rendite geopfert werden.



Die ÖBB und damit die Rail Cargo Austria (RCA) gehört uns allen. Damit sind wir nicht nur größter Verkehrsanbieter des Landes, sondern auch einer der größten Grundstücksbesitzer und Mitinhaber zahlreicher, am europäischen Markt schwer erhältlicher Loks. Die RCA, derzeit die „schönste Braut“ der ÖBB, soll, geht es nach dem Willen einiger, unter den Hammer. Ein starker Partner soll ins Boot geholt werden, um die RCA mit frischem Kapital auszustatten und so die Verkehrsabläufe zu optimieren. Das ist zumindest die Theorie, die nackten Zahlen sprechen eine andere Sprache. Schließlich will der private Investor vor allem eines: Rendite und das möglichst schnell.

Börsenfitte Netzwirkung. So werden und wurden beispielsweise in der Bundesrepublik Deutschland unter dem Schlagwort, die Deutsche Bahn börsenfit zu machen, tausende Kilometer Geleise stillgelegt. Güterverteilzentren wurden geschlossen, immer mehr Bahnhöfe verwaisten. Dies

führt dazu, dass zahlreiche Strecken und Anschlussgleise nicht mehr bedient werden, da sie zurzeit aus innerbetrieblicher Sicht nicht genügend Profit abwerfen. Dies geschieht auch dann, wenn die Relation volkswirtschaftlich gesehen ein eindeutiger Gewinn ist. Gefahren wird dann, sofern man kann, mit dem Pkw oder mit dem Lkw mit all den damit verbundenen negativen Auswirkungen auf Gesundheit, Umwelt und Versorgungssicherheit.

Sand im Getriebe. Zudem ist zu erwarten, dass es gerade bei der künftigen Abstimmung zwischen den zum Teil privatisierten ÖBB-Töchtern zu enormen Schwierigkeiten und Synergieverlusten kommen wird. Die derzeit stattfindende Diskussion, welcher Unternehmensteil der ÖBB die Traktion zugesprochen bekommt, bzw welcher Unternehmensteil zum Bittsteller für Loks deklassiert wird, ist nur ein kleiner Aspekt dessen, was ein Auflösen der einheitlichen Stoßrichtung eines Unternehmens bewirkt. Das reibungslose Ineinandergreifen einzelner Teilsysteme wird durch die Renditengier eines Unternehmensteils schlicht aufgehoben.

Verkehrspolitik gefordert. Eine Eisenbahn, die mehr ist als ein Rennstrecken bedienender Global Player, widerspricht schlicht den Anforderungen des Kapitalmarktes. Man erreicht lediglich, dass die Bahnen der Politik weitestgehend entzogen und der Allgemeinheit nicht mehr

verpflichtet sind. Gerade im Infrastrukturbereich entwickeln sie sich zum Irrläufer. Wenn man die Bahn daher auch als Element der Daseinsvorsorge begreift, ist eine Privatisierung klar abzulehnen. Die Politik ist daher aufgefordert, endlich Programme zu entwickeln, die über die betriebswirtschaftliche Kostenoptimierung bei einzelnen Teilbetrieben hinausgehen. Denn will man wissen was einer nachhaltigen Europäischen Verkehrspolitik fehlt, so ist die Antwort: Eben diese.

gregor.lahounik@akwien.at
Gregor Lahounik ist Mitarbeiter der Abteilung Umwelt und Verkehr der AK Wien.

Lesetipp



Weichenstellung für Europas Bahnen – Wem nützt der Wettbewerb? Arbeiterkammer Wien, Wien 2006

Zur Zukunft Öffentlicher Dienstleistungen, Band 6. Arbeiterkammer Wien, Wien 2005

Eisenbahnliberalisierung: Sicherheit am Abstellgleis, Anforderungen für einen fairen Wettbewerb auf Österreichs Schienen. Arbeiterkammer Wien, Wien 2003

Alle **kostenlos** erhältlich bei der Arbeiterkammer Wien unter **01-50165 2698**

Webtipp



www.wien.arbeiterkammer.at

Foto: ÖBB/Roland Eisenbeutl

Sozialversicherung



Fotos: Fotostudio Nutz

Im Therapiezentrum Buchenberg wurde die Ausgliederung der Reinigung rückgängig gemacht. Betriebsrat Martin Reifecker und die Mitarbeiterinnen freuen sich darüber.

Als Sachaufwand verbucht

Mit Ausgliederungen und (Teil-)Privatisierungen versuchen die Sozialversicherungen bei den Personalkosten zu sparen.

Vor fast 30 Jahren hat Leopold Seidl als Elektrotechniker in der Haustechnik der Sozialversicherungsanstalt der Bauern (SVB) begonnen. Mittlerweile ist Seidl, wie der Großteil der ArbeiterInnen aus seinem Haus, nicht mehr direkt bei der SVB beschäftigt, sondern bei der SVD Büromanagement GmbH. Das ist ein Tochterunternehmen, das die SVB 2003 mit drei weiteren Sozialversicherungsträgern gegründet hat. In der „Tochter“ bündeln die vier Versicherungsträger Dienstleistungen, die nicht zum Kernbereich zählen. Für die „Ausgliederten“ gilt aber weiterhin der Kollektivvertrag (KV) für die Sozialversicherungsbeschäftigten – konkret die Dienstordnung C, in der die Lohn- und sonstigen Rahmenbedingungen für ArbeiterInnen geregelt sind. Das konnten Leopold Seidl und seine KollegInnen aus dem Zentralbetriebsrat erreichen. Anders ist das mit den neu aufgenommenen MitarbeiterInnen in der SVD GmbH. „Ihnen wird meist wesentlich weniger gezahlt, geregelt ist das jeweils im Einzeldienstvertrag“, berichtet Seidl. Die Kritik der Betriebsräte richtet sich weniger gegen die zentrale Bündelung der Dienstleistungen, sehr wohl aber gegen die Schlechterstellung der neuen MitarbeiterInnen. „Für die Beschäftigten der SVD GmbH

muss auch der Sozialversicherungs-KV gelten“, verlangt Seidl.

Medizin im Hotel. Zu 74 Prozent privatisiert hat die SVB vor zwei Jahren das Rehabzentrum Bad Gleichenberg. Das Käuferkonsortium wird vom Gesundheitsökonom Christian Köck, der immer wieder für eine „Verschlankung“ der öffentlichen Gesundheitseinrichtungen eintritt, angeführt. Die privaten Betreiber bauen nun das Rehabzentrum um und haben kürzlich einen Zubau mit 150 Betten und „Hotelkomponente“ als so genanntes Life Medicine Resort eröffnet. „Von der SVB hat es immer geheißen, wir haben für den Umbau kein Geld. Gleichzeitig wird kolportiert, dass die SVB dem neuen Betreiber eine relativ hohe Auslastungsquote garantiert hat. Da stellt sich die Frage, ob eine Weiterführung durch die Sozialversicherung selbst überhaupt ernsthaft geprüft wurde“, meint Seidl.

Hoffen auf Vertragsende. Von einer privaten Firma, der VAMED, errichtet wurde das neue Unfallkrankenhaus (UKH) in Linz. Zusätzlich hat die VAMED 2005 auch einen Fünf-Jahres-Vertrag für die Erbringung verschiedener Dienstleistungen erhalten. Dazu gehören die Werkstätte, ein Teil der Reinigung und die

Sterilisation. Die Leute, die schon vor 2005 im UKH beschäftigt waren und einen unkündbaren Vertrag hatten, wurden von der Sozialversicherung an die VAMED überlassen. Die restlichen Beschäftigten kommen von der Fremdfirma. Das erklärte Ziel von Betriebsratsvorsitzender Hedwig Radinger und ihrem Stellvertreter Gerold Staudinger: „Nach Auslaufen des Vertrages 2010 sollen die Leistungen wieder durch interne MitarbeiterInnen erbracht werden.“

Druck auf Beschäftigte. Auch für das UKH Salzburg und die Außenstellen in Dornbirn und Innsbruck haben die Gremien der AUVA vor zwei Jahren beschlossen, die Reinigung an Fremdfirmen zu vergeben. „Dafür sind pro Jahr 1,4 Millionen Euro veranschlagt – als Sachkosten, denn dafür gibt es offenbar mehr Spielraum als fürs Personal“, kritisiert Betriebsratsvorsitzender Hermann Mödlhammer. Die internen Reinigungskräfte sollten quasi durch ‚natürlichen Abgang‘ auslaufen. Statt 33 gibt es nun nur mehr 18 interne MitarbeiterInnen in der Reinigung. Und diesen fällt es immer schwerer, durchzuhalten. „Der Arbeitgeber fordert, dass wir einer Betriebsvereinbarung zustimmen, die zu Mittag eine unbezahlte längere Pause vorsieht und damit zu insgesamt mehr Diensten führt“, berich-

tet Mödlhammer. „Zusätzlich erhalten unsere Reinigungskräfte plötzlich schlechte, teils sogar negative Dienstbeschreibungen. Selbst Leute, die schon mehr als 20 Jahre im Haus sind und immer als sehr gut bewertet wurden.“ Die Folge: Bei einem „nicht entsprechend“ fällt die alle zwei Jahre vorgesehene Lohnvorrückung aus, auch der erhöhte Kündigungsschutz kann aberkannt werden. Mödlhammer kündigt an, diese Fälle von der Gewerkschaft vida und der AK untersuchen zu lassen und gegebenenfalls rechtliche Schritte zu ergreifen.

Wieder eingegliedert. Im Therapiezentrum Buchenberg, das zur Versicherungsanstalt der öffentlich Bediensteten gehört, war ein Teil der Reinigung zehn Jahre an Fremdfirmen ausgelagert. „Die nötige Grundreinigung erfolgte viel zu selten, unsere eigenen Kräfte haben oft nachgeputzt, damit es nicht so schlimm aussieht. Auch im Therapiebad gab es immer wieder Beanstandungen“, berichtet Betriebsratsvorsitzender Martin Reifecker. Laufende Kontrollen des Betriebsrats und Hinweise an den Verwalter, dass die Qualität nicht passe, hätten zu einem Umdenken geführt. „Es lag nicht an den externen Reinigungskräften, dass nicht ordentlich gereinigt war. Ihre Zeit war von der Fremdfirma einfach zu knapp bemessen“, fügt Reifecker hinzu. Seit Anfang 2008 wird die gesamte Reinigung durch eigene MitarbeiterInnen erledigt. Acht Frauen, darunter drei, die zuvor über die Fremdfirma beschäftigt waren, haben dadurch einen fixen Teilzeitarbeitsplatz im Therapiezentrum Buchenberg bekommen: als Beschäftigte der Sozialversicherung und zu fairen Arbeitsbedingungen.

martina.fassler@vida.at

Info



Die in der Sozialversicherung beschäftigten ArbeiterInnen werden von der Gewerkschaft vida vertreten, die Angestellten von der GPA-DJP. Ihr Ansprechpartner in der vida:

Bundesfachgruppensekretär Rudolf Wagner
rudolf.wagner@vida.at
Tel: 01/54641-410

Forderungen an die künftige Bundesregierung



Die im vida-Ausschuss Sozialversicherung organisierten BetriebsrätInnen verlangen,

- dass bereits erfolgte Ausgliederungen auf ihre Sinnhaftigkeit überprüft werden.
- dass ausgegliederte Bereiche zu 100 Prozent im Eigentum der Sozialversicherung bleiben.
- dass der Sozialversicherungs-Kollektivvertrag auch für bestehende und neue MitarbeiterInnen ausgegliederter Bereiche gelten muss.
- dass bei einer etwaigen – im Zuge der Gesundheitsreform angedachten – Gründung einer Sozialversicherungs-Holding die Mitbestimmung der BetriebsrätInnen im Aufsichtsrat gewährleistet sein muss.

Mehr zu den Forderungen sowie die Resolution der AUVA-BetriebsrätInnen an die künftige Bundesregierung finden Sie auf www.vida.at

Betriebsratsvorsitzender Gunter Lehninger (Vierter v. links) und sein Team kämpfen für den Erhalt der österreichischen DDSG-Dienstverträge.

Erste-Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft



Foto: Hansjörg Miethling

Hintergrund



Die Erste-Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft

Die ehemals österreichische Erste-Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft m. b. H (E-DDSG) wurde 1829 gegründet. In den folgenden Jahrzehnten entwickelte sich die DDSG nach Bewältigung enormer nautischer Probleme bis 1880 zur größten Binnenreederei der Welt. Im Jahr 1889 wurden 1.615.850 Personen mit Passagierschiffen (im Vergleich zu 1.612.520 im Jahr 1888) und 155.400 Personen mit Überfuhr- und Lokalschiffen befördert.

Der Flottenstand der DDSG umfasste zu dieser Zeit über 200 Dampfschiffe und ca. 1.000 Güterkähne. Zur Erschließung der ungarischen Kohlevorkommen betrieb die DDSG eine eigene Eisenbahnstrecke. Der Erste und der Zweite Weltkrieg bereiteten der DDSG schwere Verluste. Die im Gesellschaftsbesitz befindlichen Schiffswerften, das Kohlenbergwerk sowie große Teile der Flotte gingen verloren.

In den 1990er Jahren wurde die Gesellschaft in Fracht- und Passagierschiffahrt aufgeteilt und privatisiert. Für die DDSG-Donaufahrten konnte kein entsprechender Käufer gefunden werden, was zu Folge hatte, dass die Schiffe dieses Bereiches an verschiedene Unternehmen vergeben wurden. Einen Großteil der Fahrgastschiffe übernahm die neu gegründete private DDSG Blue Danube Schiffahrt GmbH, die diesen Geschäftsbereich bis dato weiterführt.

Die DDSG-Cargo GmbH wurde 1993 an die Stinnes AG (war ein Tochterunternehmen der Deutschen Bahn AG) verkauft und im Jahr 1997 von der deutschen Gerhard Meier AG übernommen. 2007 wurde die DDSG-Cargo an die serbische East Point Holding Limited verkauft und noch im gleichen Jahr in die E-DDSG eingeflochten. Durch diese Verschmelzung wurde der traditionsreiche Name „Erste Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft“ wieder aktiviert.

Etappensieg für die Beschäftigten

In Verhandlungen konnte vorerst die Aufrechterhaltung der Dienstverhältnisse nach österreichischem Recht bis Jahresende erreicht werden.

Für die Beschäftigten der Erste-Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft m. b. H. (DDSG) konnten der Betriebsrat und die vida-Sektion Verkehr am 19. September in Verhandlungen mit der DDSG-Geschäftsführung einen ersten Etappensieg erzielen: Die Dienstverhältnisse bleiben nun ab sofort nach österreichischem Arbeits- und Sozialrecht bis auf weiteres, aber mindestens bis zum 31. Dezember 2008, aufrecht. Das Vereinbarte wurde in der am selben Tag abgehaltenen Betriebsversammlung von der Belegschaft einstimmig angenommen.

Betriebsübergang. Sonst hätten im Zuge eines Betriebsübergangs der DDSG an eine ungarische Tochterfirma ab 1. Oktober 2008 ungarische bzw. zypriotische Dienstverträge zu wesentlich schlechteren Konditionen für die Belegschaft gedroht und das ungarische bzw. zypriotische Recht wäre dann für die Beschäftigten zur Anwendung gekommen.

Rechtverlust und Druck. Durch den Betriebsübergang wären nämlich 42 Beschäftigten aus der österreichischen Kranken-, Unfall-, Arbeitslosen und Pensionsversicherung sowie dem österreichischen Arbeitsrecht gefallen. Infolge des schlechteren Bestandsschutzes nach ungarischem Recht wäre in der Folge zu befürchten, dass

die Arbeitnehmer dem Druck nicht mehr standhalten und gezwungen werden, der schon lange geplanten „Ausflagung“ der Arbeitsverhältnisse in das noch schlechtere zypriotische Recht zuzustimmen. Eine Rechtsdurchsetzung in Zypern - wo die Eigentümer-Firma der DDSG ihren Sitz hat - sei faktisch ausgeschlossen, warnten die Belegschaftsvertreter.

Arbeitskampf. „Man wollte uns genau so, wie es Anfang Oktober mit unseren Frachtschiffen passiert, auch nach Ungarn beziehungsweise gleich nach Zypern verschieben“, erklärt der Betriebsratsvorsitzende, Kapitän Gunter Lehninger. Deswegen sei bereits Mitte September ein Arbeitskampf im Raum gestanden, denn die Arbeitnehmer wollen weiter nach österreichischen Sozial- und Arbeitsrecht beschäftigt werden. Solange sich die Geschäftsführung an die jetzt getroffene Vereinbarung hält, werden Betriebsrat und vida nun bis auf weiteres von Streikmaßnahmen absehen, sagt Lehninger.

Erste Protestmaßnahmen. Als erste Protestmaßnahme gegen die Kündigung der österreichischen Dienstverhältnisse brachten Betriebsrat und Gewerkschaft am 15. September auf der Ostseite der Wiener Reichsbrücke ein rund 25 Meter langes Transparent mit der Aufschrift „Stopp Sozialdumping in der Binnen-

schiffahrt an.“ Das von der am Donauufer liegenden Chefetage aus deutlich zu sehende Transparent dürfte seine Wirkung auf die DDSG-Geschäftsführung nicht verfehlt haben.

Gegen Sozialdumping. An diesem Tag wurde auch eine Resolution von Betriebsrat und Gewerkschaft mit Forderungen an die Eigentümer des Unternehmens und an die Politik einstimmig von der Belegschaft verabschiedet. Darin fordern Betriebsrat und vida, dass die betroffenen Beschäftigten weiterhin in Österreich stationiert bleiben und nach österreichischem Arbeits- und Sozialrecht weiterbeschäftigt werden müssen. Darüber hinaus werden klare Mindeststandards beim Pensions-, Arbeits-, und Sozialrecht sowie Verbesserungen beim Mindestschutz von ArbeitnehmerInnen mit variablem Arbeitsort verlangt. Klare Regelungen werden auch für einheitliche technische Standards sowie genau definierte Bestimmungen in den Bereichen Mindestbesetzung in Abhängigkeit der Betriebsart sowie im Bereich der Arbeits- und Ruhezeit gefordert.

Forderungen an die Politik. Von der Politik verlangen Belegschaft und Gewerkschaft eindeutige Zuständigkeiten und EU-weit einheitliche Anknüpfungspunkte für die Kontrolle der Vorschriften durch

EU-Arbeitsinspektorate. Die zukünftige Bundesregierung ist aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die auf EU-Ebene bestehenden Rechtslücken geschlossen werden, erläutert DDSG-Betriebsratsvorsitzender Lehninger und betont: „Die Umgehung von Lohnnebenkosten bei Betriebsübergängen muss unmöglich gemacht werden.“

Atempause. „Wir haben damit Zeit für weitere Verhandlungen gewonnen, um entweder einen Sozialplan nach österreichischem Recht zu verhandeln oder eine Weiterbeschäftigung der Kollegen in Österreich durchzusetzen“, kommentierte Georg Eberl, Bundessekretär der Sektion Verkehr in der Gewerkschaft vida, die mit der DDSG-Geschäftsführung erreichten vorläufigen Verhandlungsergebnisse. Sämtliche Ansprüche, wie etwa Urlaube und Sonderzahlungen, würden nun für die Beschäftigten weiterlaufen.

Arbeitsplätze sichern. „Und wesentlich ist auch“, so der Gewerkschafter, „dass der Zeitdruck mit 1. Oktober 2008 vom Tisch ist: Alles, was jetzt noch verhandelt wird, basiert auf österreichischem Recht.“ Man könne deshalb derzeit grundsätzlich mit dem Vereinbarten zufrieden sein: „Aber die Arbeitsplätze sind für die Zukunft noch nicht abgesichert - es liegt noch viel Arbeit vor uns“, bekräftigt Eberl. „Die große und geschlossene Solidarität unter den Kollegen hat aber diesen ersten Etappensieg erst möglich gemacht – Solidarität zahlt sich eben aus“, zeigte sich auch Robert Hengster, Sekretär der vida-Bundesfachgruppe Luft und Wasser optimistisch hinsichtlich der kommenden weiteren Verhandlungen.

Näher Informationen dazu auf www.vida.at

hansjoerg.miethling@vida.at

Gesund, egoistisch, gut verdienend **sucht...**

Krankenversicherung

Mehr Privat weniger Staat lautet seit einer Reform das Motto im deutschen Gesundheitssystem.

Viele Krankenkassen leiden unter chronischem Geldmangel: Dieses Problem ist nicht nur in Österreich latent, sondern beschäftigt auch Deutschland. Doch während bei uns der nächste Versuch zur Reform des Gesundheitssystems im Sommer zum Erliegen gekommen ist, befinden sich unsere Nachbarn bereits mitten in der Umsetzung einer Reform, die nicht nur die Sozialpolitiker der Gewerkschaften sondern auch Millionen Versicherte beschäftigt. Bilanz: Zunehmende Privatisierung der gesetzlichen Krankenversicherung ohne deren Finanzprobleme zu lösen.

Unsolidarisch. Versicherte, die mehr als die Versicherungspflichtobergrenze verdienen, also knapp 48.000 Euro pro Jahr, können es sich aussuchen, ob sie ihre Beiträge an die gesetzliche Krankenversicherung abliefern oder sich ausschließlich privat versichern. Ein massives Pro-

blem für die solidarische Finanzierung: Denn nur ein Ausgleich zwischen Viel- und Wenigverdienern sichert das Recht auf gleiche Leistungen unabhängig vom Einkommen und dem Gesundheitszustand. In Deutschland heißt dies nichts anderes, als dass sich Gutverdiener aus der solidarischen Verantwortung verabschieden können, mit dem Effekt, dass den gesetzlichen Krankenkassen weniger Geld zur Verfügung steht. Dieses Problem hat die Gesundheitsreform völlig ausgeklammert.

Wahltarife. Auch Versicherte, die weniger verdienen, können die Kasse nun wechseln - aber nur von einer gesetzlichen in eine andere der 221 gesetzlichen Krankenkassen. Zusätzlich wurde die Einführung von Wahlтарifen zum Beispiel als Bonus- und Prämienangebote beschlossen. Dass diese Neuerung noch wenig Anklang gefunden hat, verwundert kaum. Denn wer es schafft, sich

durch die Angebotsflut durchzuackern, steht vor einem weiteren Problem: Die Angebote sehen zwar auf den ersten Blick lukrativ aus, können einen aber später teuer zu stehen kommen. Man bindet sich mindestens drei Jahre an den Wahlтарif und damit auch an die Kasse. Dipl.-Pol. Knut Lambertin, politischer Sekretär für Gesundheitspolitik und Krankenversicherung beim Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes: „Wer sich verpflichtet ein Jahr lang keine Leistungen in Anspruch zu nehmen und dann möglicherweise zum Ende des Jahres einen Unfall oder akuten Bindehautdurchbruch hat, muss den höheren Beitrag nachzahlen und Prämie gibt es auch keine.“ Gottfried Winkler, Obmann der Versicherungsanstalt für Eisenbahnen und Bergbau: „Auch in Österreich wird es zu Veränderungen im Gesundheitssystem kommen, diese müssen aber sinnvoll sein und die Pflichtversicherung, als Herzstück der österreichischen Sozialversicherung, muss zum Wohle der Versicherten aufrecht bleiben: Denn Gesundheit darf nicht vom Einkommen abhängen.“

alice.wittig@vaeb.at

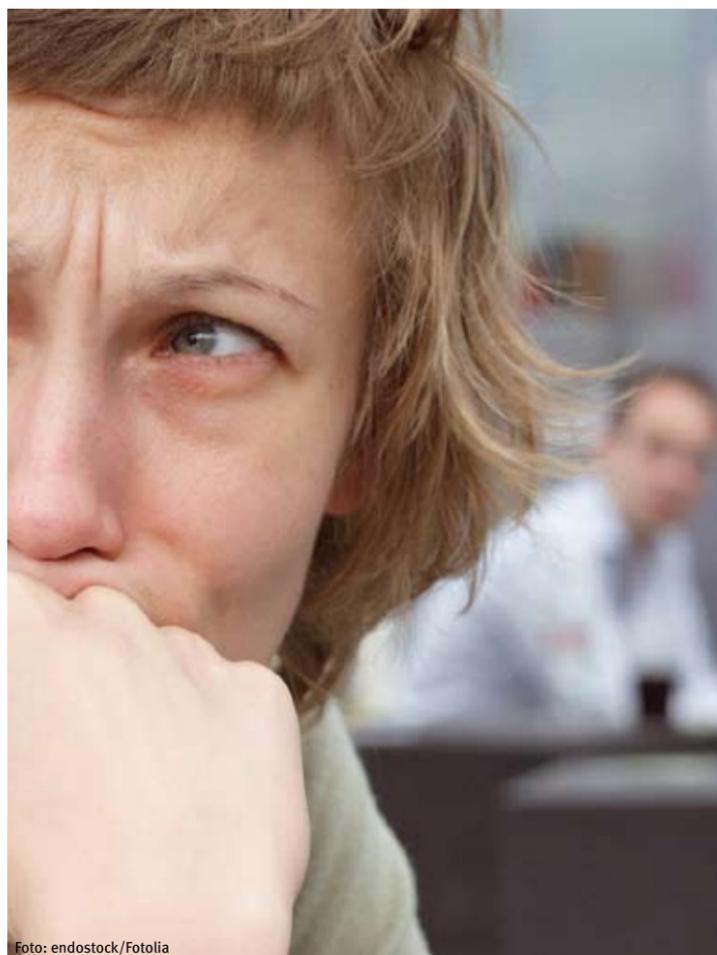


Foto: endostock/Fotolia
Eine Folge der Wahlfreiheit bei den deutschen Krankenkassen: Bei einem Unfall kommt zur Sorge um das Wohl des Angehörigen oft eine teure Nachzahlung.

Globalisierung

Dienstleistung als **Handelsware**

Die Welthandelsorganisation wird einseitig von mächtigen Wirtschaftsinteressen geleitet statt für faire Spielregeln bei der Globalisierung zu sorgen.



Foto: Claudio Calcagno

Trinkwasser – bald ein Gut, das private Anbieter für viel Geld verschern?

Alle Dienstleistungen, auch öffentliche Dienste, wurden 1995 durch das „Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen“ der Welthandelsorganisation weitgehend dereguliert.

Krankenhaus = Kaufhaus? Das Abkommen, bekannt auch unter der englischen Abkürzung GATS, erfasst den gesamten Dienstleistungssektor und zwar egal, ob es sich um Altenpflege oder Internettelefonie handelt. GATS betrifft damit in hohem Maße auch ArbeitnehmerInnen und Unternehmen, die von der vida organisiert werden. Beispielsweise Transport, Tourismus und Gesundheitswesen. Aber vor allem hat es massive Auswirkungen auf uns als BürgerInnen.

WTO und Du. Der Abbau von Handelshemmnissen jeglicher Art und die Deregulierung der Dienstleistungsbranchen auf allen Gesellschaftsebenen wurden vereinbart. Die Vereinbarung trifft uns direkt in unserem Lebensumfeld, denn auch Regulierungen auf regionaler Ebene sind nicht mehr erlaubt. Ausländische Anbieter von Dienstleistungen müssen ihre Leistungen zu denselben Konditionen bei uns anbieten können wie inländische und müssen denselben Zugang zu staatlichen Förderungen erhalten. Das wäre nicht weiter bedenklich, wenn die Sozial-, Steuer- und Ausbildungssysteme der 144 Mitglieder der Welthandelsorganisation gleich oder vergleichbar wären. Leider ist das aber nicht der Fall, daher werden inländische und ausländische ArbeitnehmerInnen und

Unternehmen gegeneinander ausgespielt. Der Druck auf die Preise und auf das Sozial- und Bildungssystem steigt, die Qualität sinkt hingegen in den meisten Fällen.

Wasser als Luxus? Weiters schwingt im Abkommen mit, dass staatliche Monopole nicht erlaubt sind und alle Dienstleistungen auch bzw. nur durch private Anbieter zu erfolgen haben. Das gefährdet die flächendeckende Versorgung. Lebensnotwendige Dienstleistungen werden als profitable Einnahmequellen verstanden. In vielen Teilen der Welt kämpfen die Menschen gegen die Privatisierung von Grundnahrungsmitteln wie beispielsweise Wasser. Das GATS Abkommen sieht auch hier eine weitgehende Liberalisierung vor. Der Markt für Wasser ist schätzungsweise eine Billion Dollar groß. Wasserreiche Gebiete in Lateinamerika werden bereits von großen Konzernen wie Nestlé und Coca Cola aufgekauft. Das Wasserversorgungsnetz ist in einigen großen Städten schon in privater Hand. Für viele Menschen ist der Zugang zu Trinkwasser teurer Luxus geworden. EU-weit beziehen bereits 36 Prozent der Bevölkerung Wasser von privaten Anbietern. Der Trend geht weiter und soll sich in den kommenden Jahren auch in Europa fortsetzen. Daher gilt es für die Gewerkschaften wachsam zu sein, denn Wasser sollte jeder und jedem zur Verfügung stehen, ganz gleich wie viel Geld auf dem Konto liegt.

anna.daimler@vida.at
cornelia.berger@vida.at

Webtipps



www.stopgats.at

www.attac.at

Dauerhaft mehr Geld nötig

In den vergangenen Jahren hat sich Österreichs Wirtschaft in einer ausgezeichneten Lage befunden. Alleine letztes Jahr hat sich das Bruttoinlandsprodukt in Österreich um 3,1 Prozent erhöht. Das Gefühl vieler Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sagt aber etwas anderes. Seit Jahren stagniert der private Konsum in Österreich. Einer der Hauptgründe dafür ist, dass trotz guter Lohnabschlüsse der Gewerkschaften das Realeinkommen kaum gestiegen ist und dieses Jahr viele unselbstständig Beschäftigte aufgrund der unerwartend hohen Inflation sogar Realeinkommensverluste verzeichnen. Die Einkommen der privaten Haushalte haben nur einen leichten Anstieg erlebt, weil die Zahl der Beschäftigten gestiegen ist. Es ist äußerst erfreulich, dass sich dadurch die Arbeitslosigkeit verringert hat, aber der effektive Verdienst ist dadurch nicht angestiegen. Der Aufschwung in den letzten Jahren ist somit nur zu einem kleinen Teil der gesamten Bevölkerung zugute gekommen,

die großen Gewinner des Aufschwungs waren die Unternehmen. Diese Entwicklung spiegelt sich auch in der fallende Lohnquote der letzten Jahre wider. Umso unverständlicher ist es, wenn aus wirtschaftsnahen Bereichen die Rufe nach Lohnzurückhaltung lauter werden.

Wirtschaft ruft nach Staat. Die in den vergangenen Monaten sprunghaft angestiegene Inflation hat am stärksten Menschen mit einem niedrigen Einkommen getroffen, da diese Personen einen größeren Anteil ihres Einkommens für Lebensmittel und Energie aufwenden. Auch hier versucht die Wirtschaft die Unternehmen wieder als die Gewinner zu positionieren, indem sie vom Staat Einmalzahlungen für ArbeitnehmerInnen fordert, um den „Druck“ aus den Lohnverhandlungen zu nehmen. Diese Forderung ist gleich aus zwei Gründen abzulehnen. Erstens sind die Preissteigerungen nachhaltig und die Einmalzahlung verliert nach kürzester Zeit ihre Wir-

kung und zweitens wird diese Maßnahme aus Steuergeldern finanziert die größtenteils von der betroffenen Gruppe selbst bezahlt wurden.

Nachhaltig handeln. Die Gewerkschaft vida tritt bei den Lohnverhandlungen für faire Lohnabschlüsse ein, die sowohl die Inflations- als auch die Produktivitätsentwicklung berücksichtigen. Von der Bundesregierung fordert die Gewerkschaft vida eine rasche Lohnsteuersenkung um die ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen zu entlasten und um zu vermeiden, dass die ArbeitnehmerInnen aufgrund der Lohnerhöhung in eine höhere Lohnsteuerklasse fallen. Die Umsetzung dieser Forderungen hat eine positive, nachhaltige Wirkung auf das verfügbare Einkommen und nur so kann gewährleistet werden, dass auch das wichtigste Glied in der Wirtschaft - die ArbeitnehmerInnen - einen fairen Anteil am Wohlstand dieses Landes erhalten.

philip.gastinger@vida.at

Der Ruf der Wirtschaft nach Zurückhaltung bei der Lohnrunde ist aus verteilungspolitischer Sicht nicht gerechtfertigt.



Foto: Ioannis Kounadeas/Fotolia

Geht's den ArbeitnehmerInnen gut, geht's der Wirtschaft gut. Die Gewerkschaft fordert deshalb eine Lohnerhöhung, die nachhaltig wirkt



ServiceTel: (kostenlos)
0800/20 11 30
mail@oebv.com

www.oebv.com

ÖBV Spitzenreiter

- > Spitzen-Veranlagungsmodell
- > Einmalerlag ab € 2.000,-
- > Garantiezins kombiniert mit klassischer Veranlagung
- > Laufzeit: 10 Jahre oder mehr
- > Limitierte Auflage

Jetzt vernünftig sparen:
> ohne Experimente



Machen Sie Urlaub mit vida

Sie planen Ihren Winterurlaub, wollen oder können sich ein teures Hotel aber nicht leisten? vida hat das Richtige für Sie. Unsere Ferienwohnungen befinden sich an tollen Standorten, sie sind modern ausgestattet, gemütlich und auch noch kostengünstig. Für einen Urlaub mit der Familie oder auch mit Freunden sind Sie in den vida-Ferienwohnungen bestens untergebracht.

Die Wohnungen sind komplett und modern ausgestattet: Bettwäsche, Bade- Hand- und Geschirrtücher, TV, Radio, Koch- und Essgeschirr, Bügeleisen, Fön, usw. In den renovierten Wohnungen haben Sie noch zusätzlich Kabel oder Sat-TV sowie einen Mikrowellenherd.

Bei Interesse am besten rasch reservieren.

Für die Wintersaison sind noch einige Termine frei. Informationen unter der Tel. Nr. **01/546 41- 171** oder 170 – BASA 2340 + 171 oder 170. E-Mail: ferienwohnung@vida.at

Wo Sie vida-Ferienwohnungen finden:

Dorfgastein: Nr. 67/1/5, 5632 Dorfgastein, für 4 Personen. Küche mit Essecke, Wohnschlafzimmer, Bad mit Dusche, WC, Vorraum, Abstellraum

Bad Gastein: Poserstraße 8A/3/10, 5640 Badgastein, für 5 Personen. Küche mit Essecke, Wohnzimmer mit Schlafgelegenheit, Schlafzimmer, Bad und WC, Vorraum

Feldkirch: Beim Levner Weiher 3a, 6803 Feldkirch, für 4 Personen. Küche, Wohnzimmer mit Schlafgelegenheit, Bad und WC, Schlafzimmer, Vorraum

Kitzbühel: 2 Wohnungen, Bahnhofstraße 11a/4 + 11b/4, 6370 Kitzbühel, jeweils für 5 Personen. Küche mit Essecke, Wohnzimmer mit Schlafgelegenheit, Bad, WC, Schlafzimmer, Vorraum, Balkon

Kötschach-Mauthen: Nr. 393/1/2, 9640 Kötschach Mauthen, für 5 Personen. Küche mit Essecke, Wohnzimmer, Bad, WC, Schlafzimmer, 2 Kinderzimmer, Vorraum, Abstellraum, Balkon

Oberwölz: Südwestsiedlung Haus I/1, 8832 Oberwölz, für 5 Personen. Küche mit Essecke, Wohnzimmer mit Schlafgelegenheit, Schlafzimmer, Bad, WC, Vorraum, Balkon

Salzburg: 5020 Salzburg, Elisabethstr. 8c/4/16, für 5 Personen. Küche, Wohnzimmer mit Schlafgelegenheit, Bad und WC, Schlafzimmer, Kinderzimmer, Vorraum, Balkon

Seefeld: Föhrenwald 584/8, 6100 Seefeld, für 5 Personen. Küche mit Essecke, Wohnzimmer mit Schlafgelegenheit, Bad und WC, Schlafzimmer, Vorraum



Ferien

Foto: Alexander Rochau/Fotolia

Die Preise

Ferienwohnungen Kitzbühel, Seefeld, Bad Gastein-Kötschach Mauthen, Salzburg, Zell am See Wohnung 7

Hauptsaison/Nebensaison	Erwachsene	€ 17 / € 15
Hauptsaison/Nebensaison	Kinder	€ 9 / € 8

Ferienwohnungen Dorfgastein, Feldkirch, Oberwölz, Wörgl, Zell am See Wohnung 10 + 11

Hauptsaison/Nebensaison	Erwachsene	€ 15 / € 13
Hauptsaison/Nebensaison	Kinder	€ 8 / € 7

Hauptsaison:	29.11.08 – 18.04.09,	30.05.09 – 03.10.09
Nebensaison:	27.09.08 – 29.11.08,	18.04.09 – 30.05.09

Zell am See: 3 Wohnungen, Bergstraße 3/7, 3/10, 3/11, 5700 Zell am See. Top 7: Küche, Wohnzimmer mit Schlafgelegenheit, Bad, WC, Schlafzimmer, Kinderzimmer, Vorraum, Balkon, für 5 Personen. Top 10 + 11: Küche, Wohnschlafzimmer, Bad und WC, Vorraum, Abstellraum, jeweils für 4 Personen.

Wörgl: Wildschönauerstr. 54/III/8, 6300 Wörgl, für 5 Personen. Küche mit Essecke, Wohnzimmer mit Schlafgelegenheit, Schlafzimmer, Bad, WC, Vorraum, 2 Balkone

Vorschau

vida-Kalender 2009



Die nächste vida-Zeitschrift erscheint Mitte November. Zusammen mit der Zeitschrift schicken wir Ihnen im November Ihren vida-Kalender für das Jahr 2009 zu.

Information zum Verkehrs-Beiheft. Für die Beschäftigten in den Verkehrsberufen gibt es ein Beiheft zum vida-Kalender. Darin sind die Adressen der BetriebsrätInnen der größeren Verkehrsbetriebe enthalten sowie die Begünstigungen, die für aktive und pensionierte ÖBB-Beschäftigte gelten. vida-Mitglieder aus dem Ver-

kehrsbereich, die bereits in Pension sind, erhalten das Verkehrs-Beiheft zusammen mit dem vida-Kalender mit der November-Ausgabe unserer Zeitschrift zugestellt.

vida-Mitglieder der Sektion Verkehr im Aktivstand erhalten das Verkehrs-Beiheft ab Mitte November bei ihrem Betriebsrat.

Impressum

ÖGB, Gewerkschaft vida, Margaretenstr. 166, 1050 Wien

Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1230 Wien, Altmannsdorfer Str. 154-156, Tel. 01/662 32 96, Fax 01/662 32 96/6385, E-Mail: renate.wimmer@oegbverlag.at, www: <http://www.oegbverlag.at>. UID: ATU 55591005, FN 226769i

Hersteller: Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudörfel, Bickfordstraße 21, **Herstellungsort:** Neudörfel

Redaktionsteam dieser Ausgabe: Cornelia Berger, Anna Daimler, Walter Darmstädter, Martina Fassler, Philip Gastinger, Brigitte Kail, Gregor Lahounik, Gertrude Oelmack, Hansjörg Mietling, Roland Müller, Maria Ostermann, Bernhard Rupp, Ines Schmied, Rudolf Srba, Sylvia Tatra, Harald Voitl, Alice Wittig. **Grafik:** Michael Mazohl, ÖGB-Verlag.

Redaktionsadresse: Gewerkschaft vida, Margaretenstr. 166, 1050 Wien, zeitschrift@vida.at, Tel: 01/54641-114.

DVR-Nr.: 0046655. **ZVR:** 576 439 352

Einladung zur Vernissage

„Paar.Weise“

Termin:

Donnerstag, 27. November 2008, 18.00 Uhr

Gewerkschaft vida, Centrum 166

1050 Wien Margaretenstr. 166, 4. OG

Wilhelm Paar, geb. 1960, ist Betriebsratsvorsitzender im Bereich Personenverkehr Wien West und begann erst vor einigen Jahren als Autodidakt zu malen. In seinen Bildern widmet sich der Eisenbahner ausdrucksstark und in kräftigen Farben den verschiedensten Motiven, Landschaften und abstrakten Inspirationen. Aber auch Porträts und Fassadenmalerei umfassen sein künstlerisches Schaffen. Er bedient sich

dabei verschiedenster Formen der Öl- und Acrylmalerei.

Wir laden Sie ein, Willi Paar persönlich kennen zu lernen und sich in seine Werke zu vertiefen: Am Donnerstag, dem 27. November, bei der Vernissage zur Ausstellung „Paar.Weise“, die bis zum 19. Dezember, jeweils von Mo bis Do von 8:30 bis 15:30 Uhr und Fr von 8:30 bis 12:00 Uhr, im Centrum 166 zugänglich sein wird.



Foto: Sylvia Tatra



Deutschkurse: Ab November 2008

Die Gewerkschaft vida und die Fachausschüsse der AK Wien veranstalten wieder günstige Deutschkurse. Ab November 2008 können Mitglieder Deutschkurse für AnfängerInnen und mäßig Fortgeschrittene buchen. Die Kurse werden an zwei Nachmittagen bzw. Abenden pro Woche stattfinden.

Kursdauer: 30 Unterrichtseinheiten. **Preis:** € 60 (inklusive Kursunterlagen). Begrenzte Plätze.

Anmeldung bei Gudrun Riegler, Tel. 01/54641/633 oder Natalia Seidl, Tel. 01/54641/163

topinfo

vida

www.vida.at

Pro Jahr nehmen die ÖBB bis zu 500 Lehrlinge auf, die zwischen 18 Lehrberufen – dreizehn handwerkliche und fünf kaufmännischen Lehrberufe – wählen können. Insgesamt durchlaufen ab September 2008 rund 1.770 Lehrlinge, in unterschiedlichen Lehrjahren, ihre Ausbildung in verschiedenen Bereichen der ÖBB. Dieser historische Höchststand an in Ausbildung befindlichen ÖBB-Lehrlingen ist umso erfreulicher, da die Gewerkschaft in der Vergangenheit oft für den Weiterbestand der Lehrlingsausbildung kämpfen musste.

Erstklassige Ausbildung. Wie viele unserer LeserInnen wissen, hat die Lehrlingsausbildung bei den ÖBB nicht nur eine lange Tradition, sie ist auch vielfach ausgezeichnet. Das bestätigen Jahr für Jahr die zahlreiche Medaillen bei Lehrlingswettbewerben sowie die erst kürzlich zum zweiten Mal vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit verliehene staatliche Auszeichnung.

Gute Perspektiven. Günter Hell, Leiter des ÖBB-Servicebereichs „Ausbilder & Lehrlinge“, ist stolz auf diese hohe Qualität der Ausbildung. „Die ÖBB und die gesamte Transportwirtschaft brauchen bestausgebildete Fachkräfte für die Zukunft, die den hohen technologischen Anforderungen gewachsen sind.“ Auch zahlreiche renommierte Unternehmen der Transportwirtschaft wüssten diese hohen Ausbildungsstandards zu schätzen und verlagern Ausbildungsmodulare bzw. ganze Jahreslehrgänge an die ÖBB. „Wer die Ausbildung erfolgreich absolviert, für den stehen an vielen Standorten und in allen Unternehmensbereichen interessante Arbeits- und Entwicklungsmöglichkeiten zur Verfügung“, versichert Günter Hell. „Zusätzlich sichern die überdurchschnittlichen Wachstumspotenziale im europäischen Verkehrsmarkt bei den ÖBB Übernahmechancen und breite Einsatzmöglichkeiten“, zeigt sich Hell optimistisch.

Offensive für Mädchen. Die ÖBB haben sich in den vergangenen Jahren bei der Lehrlingssuche speziell an Mädchen gewendet. Bereits 17 Prozent der ÖBB-Lehrlinge (299 von 1.770) sind weiblich. Damit ist der Frauenanteil fast doppelt so hoch wie in anderen vergleichbaren Kon-

zernen. Mit dem Start des neuen Jahrgangs im September befinden sich derzeit 106 weibliche Lehrlinge in technischen – und somit „typisch“ männlichen Berufen.

Entscheidung für untypischen Beruf. So auch Lisa Wimmer, die sich in der Lehrwerkstätte St. Pölten in eine traditionell „männliche“ Domäne vorgewagt hat: Die technisch begabte 17-Jährige erlernt bereits im zweiten Lehrjahr den Beruf der Elektroanlagentechnikerin. Und das mit voller Begeisterung: „Für alles Mechanische und Werkzeuge hab' ich mich schon immer begeistern können. Büro und Kaufhaus haben mich eigentlich nie interessiert, ich wollte immer schon eher etwas Technisches machen.“, so die Jugendliche. Wenn es nach ihr ginge, „sollte jedes Mädchen frei über ihren zukünftigen Beruf entscheiden können und die Eltern sollten keinesfalls versuchen, ihrer Tochter das auszureden, wenn sie einen technischen Beruf ergreifen möchte. Ich finde, dass Mädchen unterstützt gehören, wenn sie sich für einen solchen Beruf entscheiden.“ Freilich gäbe es in ihrem Beruf körperlich anstrengende Aufgaben – „Kellnerinnen, Altenpflegerinnen oder Krankenschwestern haben es aber sicher auch nicht leichter“, widerlegt Lisa Wimmer ein gängiges Vorurteil.

Jedem das Seine. Für einen Beruf, der traditionell im „eher weiblichen Segment“ angeordnet ist, hat sich hingegen Werner Englisch entschieden. Der 17-Jährige erlernt in der ÖBB-Dienstleistungs GmbH derzeit den Beruf des Bürokaufmanns. Eine Separierung der Geschlechter in Frauen- und Männerberufe lehnt er aber ab: „Jeder sollte doch in seinem Beruf glücklich werden. Leider wird noch immer in Schubladen gedacht und gewisse Vorurteile aufgebaut. Jeder Mensch hat seine Stärken und Schwächen. Und wenn ein Mann Interesse hat, als Kindergärtner, Krankenpfleger oder so wie ich als Bürokaufmann zu arbeiten, warum soll er es dann nicht machen?“, stellt er fest. Generell würde er sich wünschen, dass „Genauso Frauen auch den Mut haben sollten, Handwerksberufe oder technische Berufe zu ergreifen.“

ÖBB-Lehrlingsheime absichern. Für all jene Lehrlinge, denen

Die ÖBB sind nicht nur eines der größten Unternehmen Österreichs, sondern auch einer der größten Ausbildungsbetriebe. Sie ermöglichen vielen Jugendlichen einen optimalen Start ins Berufsleben.

Beruflicher Nachwuchs bei den ÖBB

eine tägliche Anreise zu ihrem Lehrplatz nicht möglich ist, steht in Wien, St. Pölten, Linz, Salzburg und Knittelfeld je ein ÖBB-Lehrlingsheim mit ausgebildeten Betreuern zur Verfügung. „Gerade für die Jugendlichen in arbeitsmarktschwachen Regionen ist es wichtig, dass sie nicht nur einen Ausbildungsplatz finden, sondern auch eine ordentlichen Heimplatz“, bringt Kerstin Cap, Vorsitzende der vida-Jugend, ein wichtiges Anliegen der Jugendabteilung vor. Ihre Forderung: „Alle fünf Lehrlingsheime der ÖBB müssen erhalten bleiben.“

Aufholbedarf. Weiterentwicklung wird bei den ÖBB also groß geschrieben. Sieben neue Eisenbahnberufe werden gegenwärtig vorbereitet. An insgesamt elf Standorten, die über die Republik verteilt sind, bildet das Unternehmen zurzeit aus. Hier wurde in den letzten Jahren auch auf technische Veränderungen reagiert und viel in Geräte und Maschinen investiert. Dennoch: Vielerorts ortet man noch starken Aufholbedarf was die fehlenden baulichen Maßnahmen in den ÖBB-Ausbildungsstätten betrifft. Hier sind weitere Investitionen gefragt, wenn man in Sachen Lehrlingsausbildung ein Vorzeigebetrieb bleiben will.

sylvia.tatra@vida.at

Info

Zu allen Fragen rund um die Lehrlingsausbildung bei den ÖBB, Infos zu Berufsbeschreibungen, Ausbildungsstandorte oder Bewerbungen stehen Ihnen zur Verfügung:

Bundesfachgruppe Schiene

Bernd Brandstetter
Tel. 01/54641-530
bernd.brandstetter@vida.at

vida-Jugend
Tel. 01/54641-300
jugend@vida.at



Lisa Wimmer hat keine Hemmungen, vorwiegend mit Burschen zusammen zu lernen und zu arbeiten.

Foto: Sylvia Tatra



Werner Englisch findet „Begabung ist weder männlich noch weiblich“.



Günter Hell: „Wenn Jugendliche „untypische“ Berufe wählen, dann haben sie diese Entscheidung sehr bewusst getroffen.“

3 Gründe für vida

- ✓ vida verhandelt jährlich mehr als 100 Kollektivverträge – und sichert somit Ihre Lohnerhöhung.
- ✓ vida ist bei arbeitsrechtlichen Problemen mit dem Chef für Sie da.
- ✓ Mit Ihrer vida-card erhalten Sie ermäßigte Tickets für Vorführungen im Theater an der Wien, für den Salzburger Jazz-Herbst und vieles mehr. Informieren Sie sich bei der vida-Kartenstelle (01/54641-171) oder auf <http://freizeit.vida.at>



Luftfahrt

Die AUA braucht Perspektiven



Foto: Paul Wilke

Kommentar

Problem Dienstplangestaltung

Mit großer Besorgnis mussten wir seitens des Konzernbetriebsrats das rücksichtslose Vorgehen des Postbusmanagements bei der Gestaltung von Dienstplänen beobachten. Es wurden Dienstpläne auf die Beine gestellt, in denen die Ruhezeiten geteilt wurden. Das bedeutet in der Praxis, dass die Dienstschichten unterbrochen und nach einiger Zeit neue begonnen werden mussten.

Verdrehung. Das ist zwar grundsätzlich auf Basis der Bestimmungen des Kollektivvertrages möglich. Die Überlegung, warum man diese Möglichkeit im Kollektivvertrag vereinbart hat, war aber ursprünglich eine ganz andere: Durch die Gestaltung von kürzeren Schichten sollte nämlich ein früherer Dienstbeginn am Folgetag ermöglicht werden.

Missbrauch. Da aber das Postbusmanagement bereits so gut wie mit dem Rücken zur Wand steht, wird offenbar nun ein völliger Missbrauch dieser gut gemeinten Bestimmung angegangen. Zweitens passiert dies noch dazu entgegen den Bestimmungen des Arbeitsverfassungsgesetzes. Dieses schreibt nämlich laut Paragraph 97 Abs 1 Z 2 vor, dass der Beginn, das Ende und die Pausen einer Dienstschicht mit dem Betriebsrat vereinbart sein müssen. Diese Einigung war aber in den überwiegenden Fällen nicht gegeben.

Im Auge behalten. Die Gewerkschaft vida hat das gegenüber dem Postbusmanagement klar-

gestellt und die einseitige Anordnung der Dienstplangestaltung wurde daraufhin in den konkreten Fällen zurückgezogen. Jetzt muss das Management mit den Betriebsratsorganen verhandeln. Wir werden die weitere Vorgangsweise und insbesondere das weitere Verhalten des Managements in dieser Angelegenheit sehr genau im Auge behalten.

Dienstplangestaltung. Sollte es dennoch zukünftig zu keiner arbeitnehmerfreundlicheren und gesetzeskonformerer Handhabung der Dienstplangestaltung kommen, werden wir in den kommenden Wochen und Monaten wohl noch einen ernsthaften Konflikt mit dem Postbusmanagement auszugetragen haben. So geht man mit ArbeitnehmerInnen, die rund um die Uhr ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen, einfach nicht um - das muss auch das Management begreifen.

Ideenmangel. Die Beschäftigten des gesamten Konzerns dürfen jedenfalls aufgrund von misslungenen Finanzveranlagungen und spekulativen Geschäften nicht unter massiven Druck geraten. Außerdem kann es nicht sein, dass die Belegschaft weiterhin für die Einfallslösung der Manager gerade stehen soll.

wilhelm.haberzettl@vida.at
Vorsitzender der Sektion Verkehr

Gerade in einer Phase, in der ein Verkauf von Austrian Airlines (AUA) vorbereitet wird, ist auch eine klare Zukunftsstrategie wichtig.

Wenn gerade der Verkauf von Anteilen der heimischen Fluglinie an einen strategischen Partner vorbereitet wird, müssen Management und Politik auch eine klar Zukunftsstrategie für das Unternehmen vorlegen“, betont Wilhelm Haberzettl, Vorsitzender der Sektion Verkehr in der Gewerkschaft vida. Ein solches Konzept müsse nämlich allen AUA-Beschäftigten sowie dem gesamten Personal des Wiener Flughafens eine nachvollziehbare Perspektive für die Zukunft eröffnen.

Sensibilität. Beim vom Ministerrat wegen finanzieller Turbulenzen der AUA beschlossenen Verkauf, so Haberzettl im Gespräch mit „vida“, sei auch

„Wird der Partner für die AUA aber mit Geschick gewählt, kann dies dem Standort insgesamt und auch für die Beschäftigungslage positive wirtschaftliche Impulse bringen.“

Wilhelm Haberzettl,
Vorsitzender vida-Sektion Verkehr

darauf Bedacht zu nehmen, dass bei der Standortpolitik für die AUA und den Flughafen Wien von den Verantwortlichen das notwendige Augenmaß an den Tag gelegt werde. Denn der Verkauf der wichtigsten heimischen Airline und ihre daraus resultierende Weiterentwicklung werde Auswirkungen auf den gesamten Flughafen Wien, sprich auf seine Beschäftigten sowie alle Zuliefer- und Dienstleistungsbetriebe haben, prognostiziert der stellvertretende vida-Vorsitzende.

Partnerwahl. Wird aber der falsche Partner (die Entscheidung soll Ende Oktober fallen) gewählt, so könnte es passieren, dass der Standort Wien-Schwechat schon bald nicht mehr der Heimatflughafen der AUA ist. „Wird der Partner für die AUA aber mit Geschick gewählt, kann dies dem Standort insgesamt und auch für die Beschäftigungslage positive wirtschaftliche Impulse bringen“, ist Haberzettl überzeugt.

Vertrauen bilden. „Die MitarbeiterInnen erwarten sich gerade in dieser heiklen Übergangsphase klare Signale, die Sicherheit und Anerkennung ihrer Leistung vermitteln. Denn fehlendes Engagement der Beschäftigten ist es sicher nicht gewesen, was die derzeitigen Probleme der AUA verursacht hat“, unterstreicht der Gewerkschafter.

Stabiler Aktionär. Nicht zuletzt wegen der hier beschriebenen Situation fordern vida und die für das Bodenpersonal zuständige Gewerkschaft GPA-DJP gemeinsam, dass im Zuge der Verkaufs- und Beteiligungsmaßnahmen bei der AUA auch der Aspekt einer strategischen Mitarbeiterbeteiligung ernsthaft ins Auge gefasst werden müsse, erläutert Haberzettl. Denn das wertvollste Kapital des Unternehmens seien nun einmal seine Beschäftigten, die gleichzeitig auch einen stabilen Aktionär für die AUA darstellen könnten.

Mitgestalten. Als erfolgreiche Vorbilder könnten die Mitarbeiterbeteiligungsmodelle im Zuge der Privatisierungen beim Flughafen Wien und bei der voest Alpine dienen, wobei in diesen beiden Fällen die Anteile der Beschäftigten in eine Stiftung eingebracht wurden. So profitieren in diesen beiden Beispielen die MitarbeiterInnen als Eigentümer vom Erfolg des Unternehmens, sagt der vida-Sektionsvorsitzende, und könnten gleichzeitig mit ihren Stimmrechtsanteilen auch die Geschicke der Unternehmen mitbestimmen. „Mit dem derzeitigen AUA-Management dürften solche Lösungen aber kaum möglich sein, weil leider jegliche Vertrauensbasis abhanden gekommen ist“, befürchtet Haberzettl.

hansjoerg.miethling@vida.at

Steiermark:

Gewerkschafter retten Schiliftanlage

Die steirische Schiliftanlage am Alten Almhaus (Stubalpe) konnte aufgrund des couragierten Einschreitens der beiden Gewerkschafter Erwin Aßmann, ehemaliger Obmann der Personalvertretung der Graz-Köflacher Bahn und Busbetrieb, und Willibald Fuchs (Gewerkschaft der Gemeindebediensteten), gerettet werden. Zwei Männer, die sehr mit der Region und mit dem Schisport verbunden sind, erwarben von der Gemeinde das Schigebiet in Maria Lankowitz.

Ein mutiger Schritt. Damit konnte ein Abverkauf der Lifte nach Rumänien verhindert und auch die Gastronomie im Naherholungsgebiet gerettet werden. Ein mutiger Schritt, denn es gibt auf dieser Alm keinen Strom, weshalb man die Lifte mit teurem Diesel betreiben muss. Zudem ist man vom Naturschnee abhängig, weil es noch keine Beschneiungsanlage gibt.

Ermäßigte Liftkarten für Gewerkschaftsmitglieder. Gewerkschaftsmitglieder erhalten gegen Vorlage einer gültigen Mitgliedskarte am Alten Almhaus zehn Prozent Ermäßigung auf alle Liftkarten!

Nähere Informationen: vida-Steiermark, Karl-Morre-Straße 32/I/110, 8020 Graz, Tel.: 0316/7071-282 bzw. Fax: 0316/7071-330.

Um 7 Euro mit den ÖBB durch Österreich. Profitipp



Foto: Hansjörg Miethling

Helmut Radlingmayr
ZBR-Vorsitzender
ÖBB Personenverkehr AG

Verreisen Sie gerne mit Verwandten, Freunden oder Bekannten übers Wochenende, die keine EisenbahnerInnen im Ruhestand sind? Für PensionistInnen halten die ÖBB nun schon zum achten Mal ein unschlagbares Angebot bereit: Von 18. Oktober bis 23. November 2008 (ausgenommen 1. und 2. November 2008) können BesitzerInnen der Vorteilscard Senior die 7 Euro Aktion 36 Stunden lang - von Samstag 0 Uhr bis Sonntag 12 Uhr - in allen Zügen der ÖBB (ausgenommen Mariazellerbahn) und dem IC-Bus von Graz nach Klagenfurt in der 2. Klasse nutzen. Gerade in Zeiten von hohen Spritprei-

sen fällt damit der Umstieg auf die Bahn leichter.

Die Vorteilscard Senior ist für Frauen ab 60 und für Männer ab 65 an jedem Bahnhofsschalter oder über das Bestellformular im Internet auf www.oebb.at um nur 26,90 Euro für ein ganzes Jahr erhältlich. Mit der Vorteilscard Senior spart man bis zu 50 Prozent in den Zügen der ÖBB sowie der Privatbahnen - mit Ausnahme der Zahnradbahnen und Sonderverkehre - sowie bei den Postbussen der ÖBB und in Bussen vieler Verkehrsverbände im Inland. Bei Auslandsreisen gibt es eine Ermäßigung von 25 Prozent.

Neues VAEB-Kompetenzzentrum

Moderne Gesundheitsdienstleistungen

Die VAEB hat ein neues Kompetenzzentrum für Gesundheit und Prävention geschaffen

Das ehemalige „Wissenschaftszentrum für Gesundheitsförderung und Prävention“ der Versicherungsanstalt für Eisenbahnen und Bergbau (VAEB) firmiert seit heuer als Institut für Gesundheitsförderung und Prävention (IfGP) GmbH. Ziel dieser jetzt eröffneten Institution ist es, zur Sicherung der hohen Qualität des österreichischen Gesundheitssystems durch wissenschaftliche Expertise im Sektor der Gesundheitsförderung und Prävention beizutragen.

Leistungen. VAEB-Obmann Gottfried Winkler erklärt: „Die VAEB wird über das IfGP ihren

Versicherten und Mitgliedsunternehmen die modernsten Gesundheitsdienstleistungen anbieten können und freut sich zudem, einen wichtigen Beitrag für das österreichische Sozialversicherungs- und Gesundheitswesen leisten zu können.“

Gesundheitsförderung. Das IfGP ist das führende Zentrum für die wissenschaftliche Planung, Umsetzung und Evaluation von Public Health Interventionen mit Schwerpunkt Betriebliche Gesundheitsförderung und Prävention. Das IfGP beschäftigt 20 MitarbeiterInnen. Das Team von ÄrztInnen, GesundheitswissenschaftlerInnen, PsychologInnen, SoziologInnen, GesundheitsmanagerInnen und Statistikern führt Analysen durch, erarbeitet Lösungs- und Verbesserungsvorschläge und unterstützt deren Umsetzung.

Partner ÖBB. Neben Strategieentwicklungen und Evidence Based Consulting zählen umfangreiche Angebote zur Be-

trieblichen Gesundheitsförderung und zum Betrieblichen Gesundheitsmanagement, wie Fragebogenerhebungen, Prozessbegleitung und Evaluation zu den Hauptaufgaben des IfGP. Bereiche, in denen das IfGP über herausragende Erfahrung verfügt, nicht zuletzt wurde mit der ÖBB eines der größten Projekte Europas umgesetzt.

Vorsorgeuntersuchung. Auch über die Evaluierung und Qualitätssicherung der Vorsorgeuntersuchung Neu leistet das IfGP einen entscheidenden Beitrag zur österreichischen Versorgungsforschung im Gesundheitswesen. Das Institut will sich auch in Zukunft durch kompetente Dienstleistungen und hohe Kundenzufriedenheit nachhaltig als wesentlichen Stakeholder im Bereich Gesundheitsförderung und Krankheitsprävention positionieren. Nähere Infos: www.vaeb.at

hansjoerg.miethling@vida.at



Foto: Yanik Chauvin/Fotolia

Flugsicherung

Zukunft für FlugverkehrsleiterInnen

Die Austro Control bietet in Kooperation mit dem Betriebsrat ihren FluglotsInnen ein persönliches „Perspektiven-Coaching“ an.

Bereits im Rahmen des Projektes „Fair Play“ wurden mit KollegInnen zahlreiche Verbesserungsmaßnahmen hinsichtlich Zukunft, Rolle und Aufgabenstellung erarbeitet, erklärt Austro Control-Betriebsrat Norbert Payr: „Jetzt geht es darum, dass diese 68 Einzelmaßnahmen (u. a. Burn-out-Vorsorge, Personalentwicklung, Akademisierung der Ausbildung, verbessertes Informationsmanagement) von den Beschäftigten auch hinsichtlich ihrer praktischen Realisierung und Priorität bewertet werden müssen.“

Auswirkungen. Es wird davon ausgegangen, erklärt Payr, dass sich bis zum Jahr 2020 aufgrund der technischen Entwicklungen in der Flugsicherung im Rahmen des Forschungsprogramms SESAR (Flugverkehrsmanagement im einheitlichen europäischen Luftraum) aber auch von demografischen Entwicklungen (Nachwuchs Recruiting) oder etwa durch gesellschaftliche Veränderungen in Bezug auf Mobilität, Freizeit oder Lebensstil Auswirkungen auf das Berufsbild von FlugverkehrsleiterInnen ergeben werden.

Coaching. Die MitarbeiterInnen sind nun eingeladen, in den kommenden Wochen beim „Perspektiven-Coaching“, diese in Zukunft zu erwartenden Anforderungen an ihren Beruf in einem vertraulichen Gespräch mit einem professionellen Coach zu sprechen. Dabei können die MitarbeiterInnen ihre Meinung zu den gesammelten Maßnahmen einbringen bzw. andere Vorschläge machen, erläutert der Betriebsrat. Der Nutzen für die

KollegInnen dabei sei, dass aus ihrem Feedback, aus den von ihnen inhaltlich eingebrachten Standpunkten eine Präsentation von einem unabhängigen Beratungsunternehmen erstellt wird, die bis Ende des Jahres präsentiert werden soll.

Mitreden. „Auf diese Weise können die KollegInnen nicht nur ihre Meinung einbringen und mitreden, sondern auch direkt aus ihrer Jobpraxis Erfahrungen einbringen und so ihre berufliche Zukunft mitgestalten. Damit wird auch vorgebeugt, dass eine Weiterentwicklung des Berufsbild in eine falsche Richtung erfolgt, die aus Sicht der KollegInnen am Arbeitsplatz dann nicht sinnvoll erscheint“, sagt Payr.

Anmeldung. Weitere Informationen zum „Perspektiven-Coaching“ gibt es beim Austro Control-Betriebsrat – anmelden zur Gesprächsvereinbarung mit einem Coach kann man sich auch per E-Mail: manuela.hanny@austrocontrol.at

hansjoerg.miethling@vida.at



Daueraufträge, Überweisungen, Einziehungs-Aufträge, Kontoführung etc. – all das kostet bei anderen Banken viele, viele Euros Ihres hart verdienten Geldes.

Ihr Konto bei der Sparda-Bank kostet Sie keinen Cent.

Alle Arbeiten der Kontoverlegung zur Sparda-Bank werden computerunterstützt rasch und sicher erledigt.

Internet-Banking gratis!

Die SPARDAbank immer in Ihrer Nähe:

4020 Linz, Wienerstraße 2a	0732/6-5-4-3-2-1-0	BASA: 870/654
4020 Linz, Landstraße 78	0732/6-5-4-3-2-1-500	BASA: 870/654-500
4020 Linz, Hugo-Wolf-Straße 21	0732/66 52 83	
4020 Linz, Hauptbahnhof	0732/65 41 00	BASA: 870/654-602
4020 Linz, Hamerlingstraße 44	0732/65 51 44	
5020 Salzburg, Schallmooser Hauptstr. 18	0662/87 65 67	
5020 Salzburg, Hauptbahnhof	0662/87 34 26	
5020 Salzburg, Röcklbrunnstraße 12	0662/87 13 66	BASA: 8744/655
4800 Attnang, Römerstraße 12	07674/63 2 93	
5500 Bischofshofen, Jos. Leitgeb-Straße 1	06462/23 53	
4300 St. Valentin, Westbahnstraße 29	07435/58 4 85	
8900 Selzthal, Nr. 44	03616/311	
4400 Steyr, Färbergasse 10	07252/45 0 54	
4400 Steyr, Resthof	07252/70 3 00	
4600 Wels, Bahnhofstraße 31	07242/61 7 15	
4600 Wels, Dr.-Salzmann-Straße 5a	07242/20 74 58	



Für Arbeitnehmer, Beamte und Pensionisten. Einzigartig in Österreich!



Foto: Lisi Gradnitzer

Kommentar

Nicht mehr allein gelassen bei der Pflege

In den Arbeitsgruppen des Sozialministeriums zum Thema Pflege tut sich was. Meine Hoffnung, die ich in der Mai-Ausgabe der *vida*-Zeitschrift geäußert habe, dass die Herausforderung Pflege sachlich diskutiert wird, sobald die Emotionen aus dem Spiel sind, hat sich bestätigt. Die Sachleistungsgruppe hat die Leistungsstandards bzw. die Leistungsangebote im ganzen Bundesgebiet aufgelistet. Auf dieser Arbeit kann nun aufgebaut werden, um die Bedürfnisse mit den vorhandenen Angeboten zu vergleichen. Die Finanzierungsgruppe hat zwei wertvolle Studien erstellen lassen. Diese bieten einerseits eine seriöse Abschätzung des zukünftigen Finanzierungsbedarfs und andererseits Vorschläge zur Abdeckung der Finanzierung.

Was erreicht wurde. Das Bemühen der Politik, in der Pflege und Betreuung für die Bürgerinnen und Bürger Verbesserungen zu erreichen, hat zu Veränderungen in fast allen Bundesländern geführt. Regressforderungen wurden abgeschafft. Familien müssen in Zukunft also nicht mehr dazu zahlen, wenn ihre älteren Angehörigen in Pflegeheimen untergebracht sind. Aufgehoben wurden auch die Vermögensgrenzen für die Inanspruchnahme der Förderung bei der

24-Stunden-Betreuung. Sozialminister Buchinger ist es gelungen, mit den Ländern und den Parteien Konsens über die Erhöhung des Pflegegeldes zu erzielen und eine Erhöhung der Förderung für die 24-Stunden-Betreuung zu vereinbaren. Der Nationalrat hat diese Verbesserungen am 26. September beschlossen, die hunderttausenden Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen zugute kommen. „Fertig“ ist die Politik mit dem Thema Pflege aber noch lange nicht.

Was bleibt zu tun? Die Politik ist aufgerufen, nach einer hoffentlich raschen Regierungsbildung die Arbeitsergebnisse als Grundlage für die weitere Arbeit zu verwenden. Nötig ist der Ausbau der mobilen Betreuung. Bei der 24-Stunden-Betreuung muss die Qualität gesichert werden, indem eine verpflichtende Ausbildung der BetreuerInnen eingeführt wird. Und auch ein Finanzierungsmodell, das den oder die Einzelne nicht belastet, sondern Pflege als öffentliche Leistung sicherstellt, muss noch erarbeitet werden.

willibald.steinkellner@vida.at
Vorsitzender der Sektion Soziale, Persönliche Dienste und Gesundheitsberufe

Grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung

„Wollen keine Zweiklassenmedizin in Europa.“

„Die EU-Richtlinie fördert die Zwei-Klassen-Medizin.“

Willibald Steinkellner, Vorsitzender *vida*-Sektion Soziale, Persönliche Dienste und Gesundheitsberufe

Im Sommer hat die EU-Kommission den Entwurf einer Richtlinie zur PatientInnenmobilität präsentiert. *vida* hält den Entwurf für problematisch.

sundheitsversorgung aus der Dienstleistungsrichtlinie ausgenommen, weil Gesundheit keine Ware ist. Nun will man da offenbar eine Hintertür öffnen“, sagt Cornelia Berger vom internationalen Referat der Gewerkschaft *vida*.

Geldfrage Gesundheit? „Die Richtlinie fördert die Zwei-Klassen-Medizin“, nennt der Vorsitzende der *vida*-Sektion Soziale, Persönliche Dienste und Gesundheitsberufe, Willibald Steinkellner, einen weiteren Grund für die kritische Haltung der Gewerkschaft. „Es gibt jene, die sich die Reisekosten und die Kosten für die Behandlung in einem anderen Land leisten können, und jene, die das nicht können.“ Denn der Entwurf der EU-Kommission sieht vor, dass das Geld zuerst von den PatientInnen selbst vorgestreckt werden muss und die zuständige Sozialversicherung dann einen Kostenersatz in Höhe der Kosten, die im Heimatland anfallen würden, bezahlt.

Bedarf kaum planbar. Wird die Richtlinie zur PatientInnenmobilität beschlossen, würde das auch die Planbarkeit der

benötigten Gesundheitsdienstleistungen in den einzelnen Mitgliedsländern erschweren. Gesundheitssysteme mit niedrigeren Kosten könnten verstärkter Nachfrage aus den reicheren Ländern ausgesetzt sein. „Mittelfristig droht dadurch ein Kosten- und Lohndumping nach unten und damit eine weitere Privatisierung von Gesundheitsdiensten“, führt Steinkellner aus. Ungeklärt sei zudem, ob und wie den Krankenkassen der zusätzliche bürokratische Aufwand, der durch die grenzüberschreitende Abrechnung entsteht, abgegolten wird.

Viele offene Fragen. Auch die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und auf die Gesundheitseinrichtungen in den einzelnen Mitgliedsländern sind bislang nicht beleuchtet worden. Angesichts all dieser Kritikpunkte und bei einer PatientInnenmobilität von derzeit gerade einem Prozent stellt sich die Frage, ob eine EU-weite Richtlinie überhaupt Sinn macht. In Kürze wird der Entwurf der Richtlinie zur PatientInnenmobilität im Europäischen Parlament diskutiert. Wir halten Sie auf dem Laufenden.

martina.fassler@vida.at

KV Barometer

Mindestlohnentariife für Hausgehilfinnen und Hausangestellte. *vida* hat im September die Mindestlohnentariife für alle neun Bundesländer für die Hausgehilfinnen und Hausangestellten beim Bundeseinigungsamt eingereicht. Für alle Lohnstufen, die derzeit bei Vollzeit unter 1.000 Euro liegen, hat *vida* die Anhebung auf 1.000 Euro beantragt. Für alle anderen Beschäftigungsgruppen hat *vida* einen Antrag auf Lohnerhöhung von 8,5 Prozent gestellt. Die Mindestlohnentariife werden alle zwei Jahre erhöht.

Mindestlohnentarif für KindergartenhelferInnen. Auch für die KindergartenhelferInnen hat *vida* beim Bundeseinigungsamt einen Mindestlohnentarif für 2009 eingereicht. Nach erfolgter Einigung werden wir über die Details berichten.

KV für KosmetikerInnen, FußpflegerInnen und MasseurInnen. Am 29. September fand die erste Verhandlungsrunde für einen neuen Kollektivvertrag für die KosmetikerInnen, FußpflegerInnen und MasseurInnen statt. *vida* fordert Mindeststandards bei der Ausbildung und für Ausgelernte einen Mindestlohn von 1.200 Euro, bei Doppellehre 1.400 Euro.

Satzung des KV des Roten Kreuzes. *vida* unterstützt das Rote Kreuz bei der Vorbereitung des Satzungsantrages. Ziel ist die Anwendung des Kollektivvertrages (KV) des Roten Kreuzes auf alle Kranken- und Rettungstransporte, für die kein KV gilt.

Anfang Juli 2008 stellte die EU-Kommission ein Maßnahmenpaket für ein soziales Europa vor. Darin verpackt findet sich auch der Entwurf einer Richtlinie zur grenzüberschreitenden PatientInnenmobilität. Mit der Richtlinie will die EU den Menschen die Inanspruchnahme stationärer Gesundheitsdienstleistungen in anderen EU-Staaten erleichtern und dafür gewisse EU-weit gültige „Spielregeln“ festschreiben. Klingt toll – warum ist da die Gewerkschaft skeptisch?

Eingriff in nationale Systeme. „Grundsätzlich stellt sich die Frage, ob die EU in die nationalen Gesundheitssysteme eingreifen und diese regulieren darf. Schließlich ist die Ge-



Foto: Thomas Lehmann

Dr. Bozena M. Cichozki
BR-Vorsitzende im Pflegezentrum Haus der Barmherzigkeit, 1220 Wien, Tokiostraße

Gesundheit: Worauf man im Herbst achten sollte. Profitipp

Herbstzeit bedeutet weniger Sonnenbestrahlung, oft viel Regen, Feuchtigkeit und Kälte. Die Verkühlungen nehmen zu, genauso Gelenkschmerzen. Auch Depressionen, durch Lichtmangel ausgelöst, treten auf oder verschlechtern sich. Die entsprechende Lebensweise ist daher sehr wichtig. Das heißt: Vitaminreiche Diät, viel Obst und Gemüse sowie viel Bewegung an der frischen Luft. Die Wohnung nicht überhitzen, sondern oft lüften. Eine

rechtzeitige Impfung gegen Grippe ist empfehlenswert, besonders für Beschäftigte in den Gesundheitsberufen und für Personen mit Herz-Kreislauf- und Lungenerkrankungen. Im Fall einer Verkühlung, besonders einer Grippe, ist Bettruhe besonders wichtig: So wird die weitere Verbreitung des Infektes verhindert und die richtige Ausheilung beugt weitere Komplikationen wie zum Beispiel Herzmuskulentzündungen vor.

Ausbildung sichert Qualität

PersonenbetreuerInnen

Auch ungelernte Kräfte können aktuell als 24-Stunden-BetreuerInnen arbeiten. vida hat Ausbildungsvorschriften für die Berufsgruppe erarbeitet.

Pflagenotstand“ und „24-Stunden-Betreuung“ zählen zu den am häufigsten gebrauchten Schlagwörtern der letzten Jahre. Neue Gesetze – darunter das so genannte Hausbetreuungsgesetz – wurden geschaffen, um die Legalisierung der BetreuerInnen aus den neuen Mitgliedstaaten der EU zu ermöglichen. Im Frühjahr 2008 erfolgte zudem die Ausweitung der Kompetenzen der PersonenbetreuerInnen. Neben Betreuungstätigkeiten dürfen sie auf Anleitung und nach Unterweisung auch bestimmte pflegerische Tätigkeiten ausüben, wie das Setzen von Injektionen oder das Anlegen von Verbänden und Bandagen. Bislang gibt es allerdings keinerlei Vorgaben zur Ausbildung.

Falsche Einschätzung. „Es ist ein Irrglaube, dass man die Betreuung ‚aus dem Bauch heraus‘ richtig machen kann oder dass der gesunde Hausverstand ausreicht“, sagt vida-Bundesfachgruppensekretärin Michaela Guglberger. „Ungeschulte Kräfte reagieren oft falsch, weil sie Krankheitssymptome nicht richtig deuten“, so Guglberger

weiter. vida hat deshalb eine detaillierte Ausbildungsordnung für die PersonenbetreuerInnen ausgearbeitet.

Praktikum in Österreich. Neben einem Deutschkurs und einer theoretischen Ausbildung im Ausmaß von 250 Unterrichtsstunden sieht das Konzept ein verpflichtendes Praktikum vor. „Insgesamt sind das 120 Stunden, davon 80 in einer stationären Pflegeeinrichtung, der Rest in der mobilen Betreuung und Pflege. Ziel ist es, soziales, medizinisches und pflegerisches Basiswissen zu vermitteln, aber auch die österreichischen Standards in Hygiene und Ernährung. Deshalb ist keine Anrechnung anderer, im EU-Raum erworbener Praktika möglich“, erläutert Guglberger.

Vielfältiges Basiswissen. Der Theorieteil umfasst Arbeitsorganisation und Erste-Hilfe-Maßnahmen, die Grundkenntnisse für die Betreuung alter und chronisch kranker Menschen, die Arzneimittellehre, ebenso Ernährung und Diätkunde, Haushaltsführung und die Grundzüge der Kommu-

nikation und Konfliktbewältigung. Im Fach Berufskunde sollen die BetreuerInnen auch über die Rechte der KlientInnen informiert werden; sie lernen, wie man einen Antrag auf Pflegegeld stellt oder wie im Falle einer Sachwalterschaft die Ausgaben für die Haushaltsführung und die Geldgebarung abzuwickeln sind. Im Rahmen der Ausbildung soll auch die Beobachtungsfähigkeit geschult werden. „Damit die Betreuungskraft zum Beispiel die Anzeichen für einen Schlaganfall erkennt und in so einem Fall rechtzeitig ärztliche Hilfe herbeiholt“, erläutert Guglberger.

Rasch umsetzen. vida hat in die Ausarbeitung des Berufsbildes, das sowohl für selbstständige als auch unselbstständig beschäftigte PersonenbetreuerInnen gilt, viel Arbeit und Engagement gesteckt. Bleibt zu hoffen, dass die künftige Regierung den Entwurf in dieser Form übernimmt und damit eine verpflichtende Ausbildung für die Betreuungskräfte schafft.

martina.fassler@vida.at



Foto: Alexander Rath/Fotolia

Nicht „irgendwie“, sondern bestmöglich soll die Betreuung zuhause sein. Dazu braucht es eine verpflichtende Ausbildung für die PersonenbetreuerInnen.

Info



Für die Beschäftigten in den sozialen Diensten ist in der Gewerkschaft vida Bundesfachgruppensekretärin Michaela Guglberger zuständig.

Kontakt:
Telefon: 01/54641-420
michaela.guglberger@vida.at

KosmetikerInnen und FußpflegerInnen

Lehrlinge fordern mehr Geld

Blumen gießen, Geschirr abwaschen, Botendienste erledigen. Das alles hat zwar nichts mit dem Berufsbild von KosmetikerInnen und FußpflegerInnen zu tun. Für viele Lehrlinge zählt das aber zu ihrem Alltag im Job.

Umfrage österreichweit 753 Kosmetik- und Fußpflege-Lehrlinge angeschrieben. „30 Prozent haben den Fragebogen ausgefüllt und zurückgesandt. Damit waren die KosmetikerInnen und FußpflegerInnen am engagiertesten, bei den Umfragen im Tourismussektor und bei den Friseur-Lehrlingen war die Rücklaufquote geringer“, sagt vida-Jugendsekretär Henri Schreiber. Auffällig am Umfrageergebnis bei den Kosmetik- und Fußpflegelehrlingen: Sie sind besonders unzufrieden mit der Höhe ihrer Lehrlingsentschädigung. 93 Prozent fordern mehr Geld, nur 7 Prozent sind zufrieden mit dem Lohn.

Gewerkschaft verhandelt. Jahrelang hat die Arbeitgeberseite Lohnverhandlungen für die KosmetikerInnen und FußpflegerInnen abgelehnt. Lehrlinge werden deshalb nach dem verwandten Beruf der FriseurInnen bezahlt, für ausgelernte Kräfte gibt es aktuell überhaupt keinen Mindestlohn. vida möchte diese unbefriedigende Situation für die – überwiegend weiblichen – Beschäftigten beenden. Mindeststandards für

die Ausbildung und ordentliche Löhne sollen in einem Kollektivvertrag verankert werden. „Für KosmetikerInnen und FußpflegerInnen nach Abschluss der Lehre fordern wir einen Mindestlohn von 1.200 Euro, bei Doppellehre soll der Lohn mindestens 1.400 Euro ausmachen. Auch die Lehrlingsentschädigungen müssen angehoben werden“, erklärt die für die Berufsgruppe zuständige vida-Bundesfachgruppensekretärin, Barbara Fahrner. Die Verhandlungen für den neuen Kollektivvertrag, der für die KosmetikerInnen, FußpflegerInnen, aber auch für die MasseurInnen gelten soll, startete am 29. September.

Zusammenhalten. Gleichzeitig versucht vida, die Beschäftigten, vor allem jene in größeren Betrieben, zu organisieren. Denn je besser organisiert die Branche ist, umso eher wird es in Zukunft gelingen, die Arbeitgeberseite alljährlich zu Lohnverhandlungen und zu ordentlichen Lohnabschlüssen zu bringen.

martina.fassler@vida.at



Gut ausgebildet statt ausge-nutzt zu werden und mehr Geld. Das wünschen sich die Lehrlinge.

Beinah die Hälfte der Kosmetik- und Fußpflegelehrlinge muss jeden Tag Hilfstätigkeiten erledigen, ein weiteres Drittel ab und zu. Nur zehn Prozent wurden noch nie zu berufsfremden Arbeiten abkommandiert, belegt die Lehrlingsumfrage der vida-Jugend. vida hat für die



Foto: Lisi Gradnitzer

Kommentar

Teuerung macht das Leben schwer

Ein heißer Herbst steht uns bevor – nicht nur in der Sektion Private Dienstleistungen startet die Herbstlohnrunde. Unser Ziel bei den KV-Verhandlungen sind ordentliche Lohnabschlüsse – keinesfalls unter der für 2008 prognostizierten Inflationsrate. Die guten Lohnrunden des vergangenen Jahres wurden von der Teuerung komplett geschluckt, vornehme Zurückhaltung bei den Verhandlungen wird es von Gewerkschaftsseite daher sicher nicht geben.

Österreich hat gewählt. Nun liegt es an der neuen Bundesregierung, die Teuerung, die den ÖsterreicherInnen – im wahrsten Sinne des Wortes – das Leben schwer macht, abzugelten. Menschen mit kleinen Einkommen oder Pensionen bekommen die Teuerung am stärksten zu spüren. Laut jüngster Studie der AK NÖ sind mehr als 60% der ArbeitnehmerInnen armutsgefährdet, wenn sie ihren Job verlieren. Ein Grund dafür ist sicherlich auch die (zumeist weibliche) Teilzeitbeschäftigung: Die damit verbundenen finanziellen Verschlechterungen verfolgen ArbeitnehmerInnen ein ganzes Leben lang, vom Teilzeit-Arbeitslosengeld bis hin zur Teilzeit-Pension. Und noch immer gibt es Berufsgruppen wie die FriseurInnen, denen 1000 € Mindestlohn bis dato verwehrt geblieben ist.

Wir fordern zum einen die bedarfsorientierte Mindestsiche-

rung – die Umsetzung des bundeseinheitlichen Modells scheidet derzeit leider noch am Widerstand aus Kärnten, weiters gilt es die Einkommen aus Arbeit zu entlasten. Eine Steuerreform möglichst bald ist überfällig. Für Menschen mit besonders geringem Einkommen fordern wir die Erhöhung der „Negativsteuer“ von derzeit 110 Euro auf 450 Euro pro Jahr.

Zweierlei Maß. Eine Bewährungsprobe für die nächste Bundesregierung wird sicherlich auch die Trinkgeldbesteuerung, die 2005 nach massivem Einsatz der Gewerkschaft abgeschafft wurde und mit der sich derzeit der Verfassungsgerichtshof beschäftigt. Wir fordern, dass die Steuerfreiheit der Trinkgelder erhalten bleibt. Die Löhne im Gastgewerbe sind alles andere als üppig, auch FriseurInnen oder TaxilenkerInnen sind klassische Niedriglohnberufe, die zum Teil auf das Trinkgeld angewiesen sind. Eine Wiedereinführung der Besteuerung wäre daher ein Schlag ins Gesicht dieser ArbeitnehmerInnen. Vor allem auch in Hinblick darauf, dass seit August des heurigen Jahres Schenkungen steuerfrei sind...

renate.lehner@vida.at
Bundessektionssekretärin
der Sektion Private
Dienstleistungen

Chance für GebäudereinigungsarbeiterInnen Kurse zur Vorbereitung der Lehrabschlussprüfung (LAP)

Für ArbeiterInnen in der Gebäudereinigung, die keine Lehre absolviert haben, gibt es die Möglichkeit des so genannten außerordentlichen Lehrabschlusses. Dazu bieten wir ab Mitte Oktober einen Vorbereitungskurs an. Diesen Kurs veranstaltet die Lebensgewerkschaft vida gemeinsam mit dem waff und der Wiener AK.

Kurskosten: 990 Euro

Vom waff werden bis zu 90 Prozent der Kurskosten bzw. bis zu 870 Euro rückerstattet. Die Kurskosten müssen von den TeilnehmerInnen im Vorhinein bezahlt werden, eine Teilzahlung ist allerdings möglich. Lehrlinge oder ArbeiterInnen aus anderen Bundesländern erhalten keine Rückerstattung, können aber zum Preis von 990 Euro am Kurs teilnehmen. Voraussetzung für waff Förderung ist: der Wohnort Wien und die Vollendung des 18. Lebensjahres. Gute Deutschkenntnisse sind notwendig.

Termin: ab Mitte November

Kursumfang: 68 Unterrichtseinheiten

Alle TeilnehmerInnen werden rechtzeitig verständigt.

Auskunft: Gudrun Riegler Tel. 01/54641/633

Anmeldung: durch Ihren Betriebsrat oder schriftlich im Sekretariat – vida Bundesfachgruppe Reinigung und Wartung, Margaretenstraße 166, 1050 Wien

„Tourismuswirtschaft soll sich selbst bei der Nase nehmen“

Die Tiroler Tourismuswirtschaft klagt über Arbeitskräftemangel. „Selbstschuld“, meint vida-Sekretär Roland Müller und fordert bessere Rahmenbedingungen für die Beschäftigten.

Schlechte Löhne, familienfeindliche Arbeitszeiten und kaum Aufstiegsmöglichkeiten – die Rahmenbedingungen in der Branche schrecken viele ArbeitnehmerInnen ab, eine Stelle im Tourismus überhaupt in Erwägung zu ziehen. Das Flehen nach Saisoniers lenkt vom eigentlichen Problem nur ab“, erklärt Roland Müller, Sekretär der Gewerkschaft vida Tirol.

Neue Konzepte gefragt. „Wenn sich die Suche nach Arbeitskräften so schwierig gestaltet, wie immer proklamiert, muss sich die Tiroler Tourismuswirtschaft selbst bei der Nase nehmen“, meint Müller und schlägt vor: „Die Tourismuswirtschaft in Tirol muss sich neue Konzepte für ihre Beschäftigten einfallen lassen, denn mittelfristig werden die Saisoniers ausbleiben.“

Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Für Gästekinder wurden von der Tourismuswirtschaft umfangreiche Kinderbetreuungsmöglichkeiten eingerichtet. Diese Angebote sollten auch den Kindern der ArbeitnehmerInnen zur Verfügung stehen, denn die Vereinbarkeit von Familie, Freizeit und Beruf ist gerade in der Tourismusbranche wichtig. Jährlich kehren dem Tourismus tausende MitarbeiterInnen wegen familienfeindlicher Beschäftigungszeiten den Rücken.

Lohndumping verhindern. Innerhalb Tirols und der Europäischen Union gibt es genügend Arbeitskräfte für den Tourismus. Trotz neuer Beschäftigungsrekorde während der Saison steigen auch die Arbeitslosenzahlen im Tourismus. Einer Erhöhung des Saisonierkontingents steht die vida daher ablehnend gegenüber. Zusätzlich noch billigere Arbeitskräfte aus dem Nicht-EU-Raum zu holen, würde zu einem noch schärferen Lohndumping führen.

Arbeitsmarktausschöpfen. „Wir dürfen nicht blauäugig in die Zukunft laufen“, meint Müller. Deswegen sei es notwendig, den einheimischen Arbeitsmarkt besser auszuschöpfen und die Tourismusbranche wieder zu einem attraktiven Arbeitgeber zu machen. Wer gute Arbeitsplätze biete, bekomme auch gutes Personal. Dem oft zitierten Vorwurf von Seiten der Tourismuswirtschaft, die Gewerkschaft würde die Branche

in der Öffentlichkeit schlechtmachen, hält vida Tirol-Sekretär Roland Müller entgegen: „Es sind nicht die ArbeitnehmervertreterInnen, die die Tourismusbranche krank jammern und in Verruf bringen. Es sind jene Unternehmen, die sich nicht an die vereinbarten Spielregeln für ArbeitnehmerInnen im Tourismus halten.“

ines.schmied@vida.at

Abhängigkeit der Saisoniers reduzieren



Aus Sicht der vida ist eine Änderung des Saisoniermodells dringend notwendig. Aktuell stellt der Betrieb für den Saisonier einen Antrag beim Arbeitsmarktservice, wodurch sich ein Abhängigkeitsverhältnis ergibt. Endet das Dienstverhältnis muss der/die ArbeitnehmerIn Österreich sofort verlassen. vida fordert, die AMS-Bewilligung nicht an einen Betrieb zu binden, sondern an den jeweiligen Bezirk. Dadurch könnte der/die ArbeitnehmerIn bei einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen auch zu einem anderen Betrieb im Bezirk wechseln. Das würde nicht nur zu einer Reduktion der Abhängigkeit vom Arbeitgeber, sondern in weiterer Folge zu einem positiven Wettbewerb am Arbeitsmarkt der Saisoniers führen.

Winterfitness für Hof und Garten. Profitipp



Foto: zVg

Ewald Doleschal
Vorsitzender Gesiba Hausbesorger und Hausbetreuer

Erste-Hilfe-Kurse für HausbesorgerInnen

Mögliche Termine:
23. und 24. Oktober 2008,
19. und 20. November
2008, jeweils 8 bis 17 Uhr
Ort: vida, 1050 Wien, Margaretenstraße 166
Telefonische Anmeldung
unter 01/54641 DW 633

Um im nächsten Frühjahr ein böses Erwachen zu vermeiden, sollte vor dem Winter die Gartenwasserleitung abgedreht und entleert werden. Auch die Lagerhaltung gilt es zu überprüfen: Daher den Vorrat an Streusplitt und Auftaumittel kontrollieren und rechtzeitig nachbestellen. Technische Geräte wie z.B. Traktor oder Schneefräse sollten auf ihre Funktionstüchtigkeit geprüft werden: Einfach starten und einige Zeit warm laufen lassen. Benzin und Diesel für die Geräte am Besten auf Vorrat einkaufen, auch Zündkerzen im Lager haben sich bei Notfällen schon bewährt.

Vorsicht: Im Herbst, wenn die Blätter von den Bäumen fallen, erhöht das auch das Risiko für Fußgänger, denn nasse Blätter sind besonders rutschig. Diese Gefahr keinesfalls unterschätzen und die Blätter regelmäßig einkehren.

Wichtig für HausbesorgerInnen: Sollte auf deinem Gehsteig ein Unfall passieren, unbedingt deinen Betriebsrat oder deine Gewerkschaft verständigen. Von Zeit zu Zeit auch das Wissen aus dem Erste-Hilfe-Kurs auffrischen. Interessiert? Die vida Bundesfachgruppe Reinigung und Wartung bietet im Herbst Kurse an – siehe Info-Kasten.

Hotel- und Gastgewerbe

Die Missachtung der Schutzbestimmungen für Lehrlinge ist im Hotel- und Gastgewerbe weit verbreitet. Zu diesem Ergebnis kommt die aktuelle Lehrlingsumfrage der vida-Jugend.

Die Missachtung von Lehrlingsrechten ist kein Kavaliersdelikt. Die Arbeitgeberseite spricht immer von einzelnen schwarzen Schafen. Unsere Umfrage zeigt aber, dass sich sehr viele Betriebe nicht an die Ausbildungsvorschriften und Schutzbestimmungen für Lehrlinge halten“, so der vida-Jugendsekretär Henri Schreiber.

Problemfall Überstunden. 75% der Lehrlinge unter 18 leisten regelmäßig Überstunden. Das ist gesetzlich nicht zulässig, weiß Schreiber. Auch die Abend- und Nachtruhe wird häufig nicht eingehalten. Fast ein Drittel der unter 16-Jährigen ist zum Teil länger als bis 23 Uhr im Einsatz. Laut Kinder- und Jugendbeschäftigungsgesetz dürfen

Lehrlinge dieser Altersgruppe jedoch maximal bis 20 Uhr arbeiten. Grundsätzlich zeigt die Studie: Je älter der Lehrling, umso häufiger werden Schutzbestimmungen von Seiten der Arbeitgeber missachtet.

Schlechte Aussichten. Das Arbeitsklima wird von 42% der Jugendlichen als nur befriedigend oder schlecht eingestuft. Die Höhe der Lehrlingsentschädigung beurteilen beinahe zwei Drittel als nicht ausreichend. 62% der Lehrlinge wollen nach der Lehre bei einem anderen Betrieb anfangen, weitere 16% wollen sogar die Branche verlassen. „Am Beruf liegt es wohl nicht, sondern eher an den Rahmenbedingungen in der Branche“, analysiert Schreiber, denn 71% der Lehrlinge gaben an, dass ihre derzeitige Ausbildung eigentlich ihr Wunschberuf sei.

Geschlechtsspezifika. Weibliche Lehrlinge werden besonders häufig für berufsfremde Arbeiten eingesetzt. Blumen gießen, Fenster putzen oder den Hund Gassi führen – wenn es darum geht, Jobs zu finden, die mit der Berufsausbildung nichts zu

haben, sind Arbeitgeber besonders einflussreich. Während 37% der männlichen Lehrlinge angaben, nie für derartige Tätigkeiten eingesetzt zu werden, sind es bei den weiblichen Lehrlingen nur 27%, die im Betrieb nicht wortwörtlich als „Mädchen für alles“ fungieren. Schon als Lehrlinge liegen Männer statistisch dagegen bei den Überstunden voran, auch am Sonntag müssen sie tendenziell häufiger ihren Dienst verrichten.

Verstärkte Kontrolle. „Wer will, dass die jungen Menschen der Tourismusbranche nach ihrer Ausbildung erhalten bleiben, muss sie von Beginn an gut behandeln. Die Bestimmungen zum Schutz der Lehrlinge sind sowohl gesetzlich als auch im Kollektivvertrag geregelt. Wir fordern, dass diese auch eingehalten werden,“ so Schreiber. Zur Überprüfung der Schutzbestimmungen empfiehlt die vida häufigere Kontrollen des Arbeitsinspektorats in den Betrieben und will zukünftig auch verstärkt die Jugendlichen informieren.

ines.schmied@vida.at

Hartes Brot für Tourismuslehrlinge



Ein Großteil der Lehrlinge im Gastgewerbe leistet regelmäßig Überstunden.

Sehr gut, setzen!

Staatlich ausgezeichnete Lehrlingsausbildung beim Caterer Sky Gourmet.



Im Rahmen einer offiziellen Feier nahm Sky Gourmet das Staatswappen entgegen. Auch die Lehrlinge zeigten sich stolz über die Auszeichnung.

Die Sky Gourmet - airline catering and logistics GmbH, vormals AIREST Catering GmbH, wurde mit dem Staatswappen für besondere Leistungen in der Lehrlingsausbildung ausgezeichnet.

Besondere Inhalte. Der Ausbildungsbetrieb bietet für die aktuell rund 50 Lehrlinge Inhalte, die weit über das Berufsbild hinausgehen, wie Exkursionen in andere Betriebe, Persönlichkeitstrainings und unternehmensinterne Wettbewerbe als Vorbereitung für die Lehrabschlussprüfung. Sky Gourmet verfügt über einen eigenen Schulungsraum und eine Lehrküche. Der Betrieb bildet seit 1973 Lehrlinge aus. Seit 1997

haben rund 60 Lehrlinge die Lehrabschlussprüfung bestanden, ein Drittel davon mit sehr gutem oder gutem Erfolg.

Betriebsräte federführend. „Ich möchte mich besonders bei den Betriebsräten der Sky Gourmet bedanken, die sich seit vielen Jahrzehnten für die Lehrlingsausbildung einsetzen und diese hohe Qualität des Lehrlingswesens mit ihrer Arbeit überhaupt erst ermöglichen haben“, so Stefan Tichy, vida Landessekretär NÖ. Tichy, der als Antragsteller für das Sky Gourmet-Team die Auszeichnung in die Wege geleitet hat, hofft auf viele Nachahmer in anderen Betrieben und wo es aufgrund der Größe möglich ist: „Das ist ein sehr gutes Bei-

spiel für viele Kollegen, wie die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche imagerächtige Lehrlingsausbildung aussehen können.“

Vorbildwirkung. „Ich hoffe, dass Sky Gourmet als Vorbild wirkt, denn die Lehrlinge von heute sind die Fachkräfte von morgen, die wir dringend brauchen“, meinte auch Staatssekretärin Christine Marek im Rahmen der offiziellen Feier. Ausbilder Johann Kriszt erhielt von seinen Lehrlingen und den Ehrengästen besonderen Applaus für sein unermüdetes Engagement.

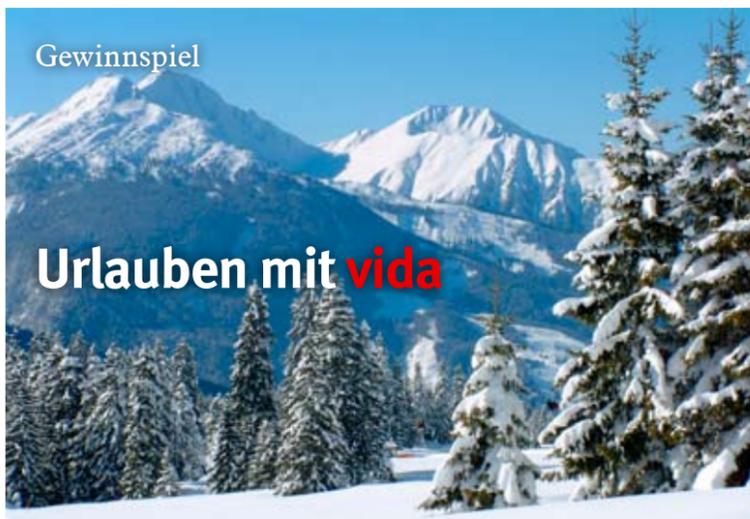
ines.schmied@vida.at

Österreichisch-türkischer Erfahrungsaustausch

Auf Einladung der türkischen Gewerkschaft Toleyis besuchte eine Abordnung des Sky Gourmet-Betriebsrats das Do&Co-Tochterunternehmen in Istanbul. Ziel des Treffens war es, erste Kontakte zu knüpfen und die türkischen KollegInnen persönlich kennen zu lernen. Neben einer Betriebsbesichtigung standen für die Besucher aus Österreich intensive Gespräche über die unterschiedlichen Normen im Arbeitsrecht am Programm. In Zukunft soll der Kontakt noch weiter ausgebaut werden, der Gegenbesuch ist bereits für November geplant. Hintergrund der Reise: Die Arbeitnehmervertreter wünschen sich eine baldige gewerkschaftliche Organisation weiterer Do&Co-Betriebe und eine grenzüberschreitende Interessensvertretung.



Die Betriebsräte Robert Kapaun und Erich Steinacher mit Necati Aktas, Stv. Gewerkschaftspräsidenten Toleyis (v.l.n.r.).



Wir verlosen einen einwöchigen Aufenthalt in einer Ferienwohnung der Gewerkschaft vida für 2 Personen. Unsere vida-Ferienwohnungen befinden sich in Dorfgastein, Bad Gastein, Feldkirch, Kitzbühel, Kötschach-Mauthen, Oberwölz, Salzburg, Seefeld, Zell am See und Wörgl. Details zur Ausstattung der Wohnungen finden Sie auf Seite 8 sowie im Internet (samt Fotos der Wohnungen) auf:

<http://freizeit.vida.at>

Der/die GewinnerIn erhält von vida einen Gutschein und vereinbart Zeit und Ort der Einlösung des Gewinnes mit der vida-Anlaufstelle für die Ferienwohnungen.

Gewinnfrage:
In welchen 5 Bundesländern befinden sich die vida-Ferienwohnungen?

Antworten an
vida/Pressereferat

Kennwort:
„Urlaub mit vida“

Margaretenstraße 166
A-1050 Wien

oder per E-Mail an:
zeitschrift@vida.at

Einsendeschluss:
5. November 2008.
Die GewinnerInnen finden Sie ab 7. November auf www.vida.at



Menschen bei vida

Gonca Schrammel

„Teamarbeit ist mir am wichtigsten“



Foto: vida

Seit Juli 2008 unterstützt Gonca Schrammel als Büroassistentin die Bundesfachgruppe Handel, Sicherheitsdienste und diverse Berufe. Die Mutter zweier Töchter hat nach der Handelsschule in einer Rechtsanwaltskanzlei gearbeitet und war danach unter anderem mehrere Jahre als Office-Managerin einer Kommunikationsagentur tätig.

Der berufliche Alltag...

„Ich habe mich schon gut eingearbeitet und übernehme immer mehr Projekte in der Fachgruppe“, freut sich Gonca Schrammel, ihr Organisationstalent nun auch wieder beruflich einsetzen zu können. Vom Mitgliederservice über die Organisation von Sitzungen bis hin zur gesamten Büro-Administration erstreckt sich ihr Tätigkeitsfeld. „Ein sehr interessanter Bereich, da das Aufgabengebiet so vielfältig ist“, schwärmt die gebürtige Türkin.

Was mit wichtig ist...

Als überaus kommunikativer Mensch schätzt sie den Kontakt mit Menschen sehr und liebt die Abwechslung. „Innerhalb der Gewerkschaft vida ist die Bundesfachgruppe nur ein kleines Team, aber für mich ist irgendwie die gesamte vida

mein Team“, erklärt Gonca Schrammel. Gerne erhöerte sie aus diesem Grund auch den Ruf aus dem internationalen Referat, eine Abordnung des Sky Gourmet-Betriebsrats in Istanbul zu unterstützen. Auf Einladung der türkischen Gewerkschaft Toleyis wurde dem Do&Co-Partnerbetrieb am Bosphorus ein Besuch abgestattet, die mehrsprachige vida-Mitarbeiterin fungierte als Dolmetscherin. „Als Türkin, die mit einem Österreicher verheiratet ist, lebe ich mit beiden Kulturen und beiden Sprachen“, erzählt Gonca Schrammel. Die völkerverbindende Freundschaft auch anderen näher zu bringen, sei ihr daher besonders wichtig.

Was ich privat gerne mache...

„Unser Haus in Niederösterreich ist zur Zeit mein einziges Hobby“, seufzt die zweifache Mutter und Neo-Hausbesitzerin, „viel Freizeit bleibt da nicht.“ Trotzdem gönnt sie sich mit ihrem Mann auch hin und wieder ein wenig Zweisamkeit zum Entspannen – am liebsten Wellness in einem Thermen- oder Romantikhôtel in Österreich.

gonca.schrammel@vida.at



www.obbl.at

ÖBB-Landwirtschaft

Freie Gärten

In der vida-Mitgliederschrift erfahren Sie aus erster Hand von den freien Gärten der Bundesbahn-Landwirtschaft. Ihre Bewerbungen richten Sie bitte schriftlich unter Angabe ihrer Telefon- und Mitgliedsnummer an die angegebenen Vergabestellen:

BBL-REGION OST

Hetzendorf: Garten (200 m²) in Hetzendorf, Anlage Schlöglgasse, Holzhaus mit Terrasse (16 m²) in sehr gutem Zustand, Wasseranschluss vorhanden.

Maxing: Garten mit langfristiger Nutzungsmöglichkeit (Unterpachtvertrag): **205 m²** in der Anlage Hetzendorf, Elisabethallee, mit baugenehmigtem Kleingartenhaus aus Holz, Kanalanschluss, Winterwasserleitung und Stromanschluss.

St. Pölten: Gärten mit langfristiger Nutzungsmöglichkeit (Unterpachtvertrag): **276 m²** mit Holzhaus, Wasseranschluss vorhanden, Stromanschluss möglich; **224 m²** mit Holzhaus, Wasser- und Stromanschluss vorhanden; **220 m²** mit kleinem Holzhaus, Wasseranschluss vorhanden, Stromanschluss möglich; alle drei Gärten in der Anlage Werkstättenstraße 12.

Amstetten: 151 m² in der Anlage Waidhofnerstraße Ost, mit Gartenhütte und Sommerwasserleitung.

Hütteldorf: Gärten mit langfristiger Nutzungsmöglichkeit (Unterpachtvertrag): **694 m²**, Bf Tullnerbach-Preßbaum, Egererstraße, mit Holzriegelbau (24 m²), Wasser- und Stromanschluss, Senkgrube; **213 m²**, Bf Tullnerbach-Preßbaum, Holzhaus (20 m²) mit Wasser- und Stromanschluss; **492 m²** ebenfalls in der Anlage Egererstraße mit Gartenhütte (20 m²), Wasser- und Stromanschluss; **267 m²** Bf Tullnerbach-Preßbaum, mit Holzriegelbau (20 m²), Wasser- und Stromanschluss; **Garten** zur prekaristischen Nutzung (gegen jederzeitigen Widerruf): **690 m²** in

Untertullnerbach Postberg, mit gemauertem Haus (20 m²) und Wasseranschluss.

Schwechat: Garten mit langfristiger Nutzungsmöglichkeit (Unterpachtvertrag): **564 m²** in Schwecat, Anlage Klederingerstraße 10, mit Baulichkeit, Strom- und Wasseranschluss, Senkgrube.

Strasshof West: Gärten mit langfristiger Nutzungsmöglichkeit (Unterpachtvertrag): **518 m²** mit Baulichkeit (35m² mit Keller), Schwimmbad, Wasser-, Gas-, Strom-, Kanal- und Telefonanschluss; **454 m²** mit allen Anschlüssen und Sat-Anlage.

Stockerau: Garten mit langfristiger Nutzungsmöglichkeit (Unterpachtvertrag): **400 m²** mit Baulichkeit (25 m²), Wasser- und Stromanschluss, Senkgrube ist zu errichten; Garten zur prekaristischen Nutzung (gegen jederzeitigen Widerruf): in der Anlage Hornerstraße im Ausmaß von **392 m²**.

Ausschließlich schriftliche Bewerbungen unter Angabe einer Bediensteten- und Telefonnummer:

BBL-Region Ost
Althanstraße 14
1090 Wien

BBL-REGION MITTE:

St. Valentin: Gärten im 1. oder 2. Zusatzvertrag (langfristige Nutzungsmöglichkeit): **180 m²** in der Anlage Sarning/Pyrach, Steyr, mit Gartenhütte und Wasseranschluss.

Traun: Gärten im 1. oder 2. Zusatzvertrag (langfristige Nutzungsmöglichkeit): **190 m²** in Traun-St. Martin, Gartenhütte mit Veranda, Geräteschuppen, Stromanschluss möglich.

Gaisbach-Wartberg: 230 m² ablösefrei, zwischen Bf Pregarten und Hst. Selker, Wasseranschluss vorhanden.

Ausschließlich schriftliche Bewerbungen unter Angabe einer Bediensteten- und Telefonnummer:

BBL-Region Mitte
Wiener Straße 2d
4020 Linz

BBL-REGION WEST:

Saalfelden: Laufend freie Gärten im 2. Zusatzvertrag (langfristige Nutzungsmöglichkeit).

Ausschließlich schriftliche Bewerbungen unter Angabe einer Bediensteten- und Telefonnummer:

BBL-Region West
Egger-Lienz Straße 1/II
6020 Innsbruck

BBL-REGION SÜD:

Knittelfeld: Garten mit Gartenhütte, Strom- und Wasseranschluss.

Graz Hbf: Garten (340 m²) in der Anlage Gratwein Au 2 mit Gartenhütte (24 m², Keller 6 m²) Stromanschluss und Wasserleitung (mit Wasseruhr).

Feldbach: 300 m² in Mühlendorf, ablösefrei, Gartenhütte und Wasseranschluss vorhanden.

Ausschließlich schriftliche Bewerbungen unter Angabe einer Bediensteten- und Telefonnummer

BBL-Region Süd
Steinwenderstraße 4
9500 Villach

ACHTUNG: „Im 2. Zusatzvertrag“ bedeutet langfristige Nutzungsmöglichkeiten.



Webtipp

Freie Gärten finden Sie auch topaktuell im Internet: www.obbl.at

Foto: photos.com